

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 22. Mai. Die newyorker Post vom 8. d. bringt die Nachricht, daß Hooker mit seiner ganzen Armee über den Rappahannock nach Falmouth zurückgegangen ist. Der Rückzug begann am 5. d. Nachts; die Unionisten nahmen sich nicht die Zeit, ihre Todten zu begraben und überließen die Verwundeten auf dem Schlachtfelde ihrem Schicksal. Lee nimmt einen großen Sieg in Anspruch.

Kopenhagen, 22. Mai. In der gestrigen Abend Sitzung des Reichsraths zog Krüger-Bestoft seinen Vorschlag einer Gesamtverfassung für Dänemark-Schleswig zurück, nachdem das Ministerium denselben als ungeeignet bezeichnet hatte. Der Procurator Christensen nahm ihn wieder auf; in der sich entspannenden Debatte erklärten die Minister, competent zur Behandlung eines Antrages der Art würden der Reichstag und die schleswigschen Stände sein. Die zweite Lesung wurde mit allen Stimmen gegen vier abgelehnt.

Lemberg, 22. Mai. Der Insurgentenführer Zapalowicz ist am Bug geschlagen worden. Biskowski, der die Aufständischen im zolkiewer Kreise (in dem Grenzviereck Polyniens gegen Congress-Polen und Galizien) commandirt, hat von den Russen verfolgt, seine Truppe getheilt, und zieht sich ins Innere von Polynien. Czerwinski ist nach Tuczapy gegangen. Laut der „Gazeta Narodowa“ stehen im östlichen Pololen vier Insurgentencorps.

Brüssel, 22. Mai. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Verträge zur Ablosung des Scheldezolls mit Bremen, Lübeck, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Holland, sowie den Maas-Bewässerungs- und Handelsvertrag mit Holland mit Zustimmung angenommen.

Kraak, 21. Mai. Am 15. d. M. wurde Pabowski in Bloed erschossen. (Schön öfters gemeldet.) Dombrowski hat das Muzomski'sche Regiment bei Kalistin geschlagen. Omski kämpfte am 19. d. Mts. in der Gegend von Jarki.

Turin, 21. Mai. Im Senat und in der Deputirtenkammer wurde das Decret vorgelesen, welches die Session schließt und die Eröffnung der neuen Session auf den 25. d. M. festsetzt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (22. Mai.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt, auch die Herrenhaus- und Diplomatenloge stark besetzt. Am Ministerische Niemand. Nach unbedeutenden geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der von der Commission vorgeschlagene Adressentwurf, über den mündliche Berichterstattung beschlossen ist.

Ref. v. Unruh: Beide Adressentwürfe, welche ursprünglich der Commission überwiesen wurden, sind nicht hervorgerufen durch den Vorgang in diesem Hause vom 11. Mai. Es ist auch nicht denkbar, daß bei normalen Zuständen jener Vorfall zu dem jetzt eingetretenen Bruch die Veranlassung hätte geben können. Bei normalen Verhältnissen hätte vielmehr derselbe nur zu einem Beschluß führen können, wie ihn dieses Haus am 15. Mai gefaßt hat, oder zum Rücktritt der Minister, oder zur Wiederherstellung seines Amtes durch den damaligen Präsidenten, keinesfalls aber hätte er Veranlassung zur gegenwärtigen Krise geben können. Der Adressentwurf war vielmehr nur hervorgerufen dadurch, daß nichts geschehen war zur Ausgleichung oder nur zur Milderung des seit Jahresfrist bestehenden Conflictes, im Gegentheil eine Steigerung desselben stattgefunden hatte. Namentlich seit Eröffnung der gegenwärtigen Session hat die Staatsregierung ein gewisses System in dem Verhalten gegen dieses Haus verfolgt, das darauf berechnet war, die Bedeutung dieses Factors immer mehr und mehr herabzudrücken, immer mehr und mehr die Misachtung dieses Hauses auszuspochen, theils in Ernst, theils in überlangem Schweigen.

Der Reichsrath'sche Entwurf insbesondere war darauf gegründet, daß der gegenwärtige Zustand in Preußen unhaltbar, gefährlich ist, daß er die drohenden Gefahren, die Polirung Preußens steigert; deshalb sollte Gebrauch gemacht werden von dem diesem Hause zustehenden Rechte, sich unmittelbar an die Krone zu wenden. Der Sneytsche Antrag ging ebenfalls dahin, eine Adresse zu erlassen, jedoch erst nach Erledigung der wichtigsten Vorlage. Im Ganzen war nicht bloß der Inhalt der zu erlassenden Adresse, sondern die Frage, ob eine Adresse an die Krone zu richten, noch controvers, da ein großer Theil dieses Hauses von dem ihm zustehenden Rechte, nur im äußersten Falle Gebrauch machen wollte. Diese Meinungsverschiedenheit hat sich namentlich in der Wahl der Mitglieder der Adresscommission gezeigt. Wie wenig das Haus geneigt war zu einem formellen Bruch, zeigen die Beschlüsse desselben am 15. Mai, die an dem thatsächlichen Vorfall festhielten, und es ablehnten, auf die von dem Ministerium angeregte Principienfrage einzugehen. In der ausdrücklichen Erklärung, daß das den Ministern nach Art. 60 der Verfassung zustehende Recht nicht angegriffen worden sei, war auch die Erklärung enthalten, daß dasselbe auch in Zukunft nicht angegriffen werden solle. Auf Grund dessen hätten die Minister in diesem Hause erscheinen können, ohne ihrer Ehre irgend zu nahe zu treten. Dies war aber nicht die Absicht der Minister, deren nachfolgende Schritte vielmehr die von Anfang an herrschende Absicht, den bestehenden Conflict zu steigern, darthun. Das Ministerium lenkt nicht nur nicht ein, es legt seine Weigerung fort und verlangt, daß das Haus den Ansichten der Minister sich einfach zu unterwerfen und die verlangte Erklärung abzugeben habe. Dadurch, daß das Ministerium ganz formell seine Mitwirkung an unseren Verhandlungen verweigert hat, war für das Haus nur die Alternative möglich, entweder die wichtigsten Gegenstände ohne Theilnahme der Staatsregierung zu beraten, oder sich direct an Se. Maj. den König zu wenden. Die vollständige Entscheidung für eine dieser beiden Möglichkeiten hat das Haus bereits durch Ablehnung des vom Abg. Simson am 18. Mai gestellten Amendements getroffen.

Mit 17 gegen 5 Stimmen hatte darauf die Adress-Commission den sofortigen Erlass einer Adresse vorgeschlagen. Die gestern an uns ergangene allerhöchste Befehlschrift hat die ganze Adressfrage wesentlich modificirt. Die Minister haben nicht nur an ihrem früheren Verfahren festgehalten, sie sind sogar so weit gegangen, wegen einer Kritik über das Verfahren des Präsidenten dieses Hauses die allerhöchste Person in einen Eitelkeitsstreit zu ziehen. — In einem absoluten Staate ist ein königlicher Erlass der unanfechtbare Anspruch, gegen den von keiner Seite mehr etwas eingewendet werden kann. In dem constitutionellen Staate verhält sich dies durch die bei jedem königlichen Erlass notwendige Contraindication der Minister und deren dadurch übernommene Verantwortlichkeit anders: der Inhalt eines königlichen Erlasses ist damit der Beurtheilung unterworfen. Dadurch, daß vorläufig erlassene königliche Verordnungen dem Landtage zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden müssen, ist diese Berechtigung, solche Verordnungen zu kritisiren, auch ausdrücklich anerkannt. Ich vermahne mich jedoch von vornherein dagegen, als ob ich beabsichtigte, die Ehrfurcht gegen Se. Maj. den König durch diese Kritik im Geringsten zu verletzen. Die königl. Befehlschrift wiederholt den Inhalt des früheren ministeriellen Schreibens, und die in demselben enthaltenen wahrheitswidrigen Thatsachen: sie geht aber noch weiter, indem sie auspricht, daß das Haus indirect den vom Präsidenten erhobenen Anspruch auf Disciplinargewalt über die Minister sich angeeignet habe. Hierbei wird auf den dem Beschluß des Hauses vorgehenden Commissionsbericht Rücksicht genommen, und ein solches Zurückgehen auf die Motive der Commission — die ich meinerseits übrigens durchaus nicht verleugnen will — ist etwas Unerhörtes. Ich habe neulich schon ausgesprochen, daß die gegenwärtige Krise den Kampf zwischen dem absoluten und dem Verfassungsstaat darstellt. Eine Bestätigung dieser Ansicht aber liegt in der an dieses Haus gerichteten „Ermahnung“, dem Verlangen der Minister nachzutommen. (Hört! hört! Sehr richtig! links.) Dies ist der

Standpunkt des patriarchalischen Staats, der Standpunkt des beschränkten Unterthanenverstandes. Damit tritt die Frage auf, ob die Minister nicht lieber dem Hause stehen, es wird eine Disciplinargewalt der Minister über das Haus beansprucht. Und doch ist, da das Haus das Recht hat, ihm vorgelegte Befehlsentwürfe abzulehnen, das Ministerium aber an die Entschlüsse der Krone gebunden ist, eine Parallele zwischen dem Staats-Ministerium und diesem Hause ganz unbedeutend.

Der heute vorgelegte Adressentwurf ist mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen worden, von welchen zwei der Eine nur mit der Form nicht einverstanden war. Jeder von uns fühlt, daß die Krise gekommen ist, in der wir entweder von dem Standpunkte, der uns gebührt, uns müssen herabdrängen lassen, oder zu dem letzten verfassungsmäßigen Mittel, einer Adresse an die Krone, greifen müssen. Ich beklage nicht, daß die Krise gekommen ist, ich ziehe sie einem chronischen Leiden, einem Siechthum vor.

Auf die kleinen Meinungsverschiedenheiten, die in der Commission hervorgetreten sind, will ich nicht eingehen. Ein Punkt indessen erfordert eine nähere Berührung. In der Commission tauchte die Ansicht auf, die Adresse auf den letzten Conflict zu beschränken; es überwiegt indessen die Meinung, sie auf die ganze Lage des Landes auszuweiten und nicht ein einzelnes Symptom hervorzuheben. Die Differenz zwischen dem Ministerium und dem Hause ist keine allmählich entstandene; sie geht hervor aus dem vom Ministerium consequent befolgten Systeme, die Thätigkeit des Hauses zu beschränken. Die letzten Schritte des Ministeriums bedrohen aber auch alle constitutionellen Formen, und in ihnen den constitutionellen Staat, der in sich einzig ist. Wer im gewöhnlichen Leben einen Gefährten sucht, der prüft seine Eigenschaften, seine Talente, seinen Charakter. Dasselbe gilt unter Staaten; unter Volk ist so zuverlässig, wie ein anderes, aber es hat noch nicht die Macht, auf die Politik einzuwirken. Wenn aber unsere Regierung heute der österreichischen Regierung den Rath giebt, ihren Schwerpunkt nach Ungarn zu verlegen, und morgen es ermöglicht, daß Gerüchte entstehen, die heilige Allianz solle wieder hergestellt werden, so entbehrt sie jeder Zuverlässigkeit. Preußen muß eine liberale Politik verfolgen; es ist nicht ein moschischer Stamm, nicht eine „halbe Maßregel“, wie ein Historiker es bezeichnet hat, sondern ein junger lebenskräftiger Baum, der zur kräftigen Eiche werden kann, wenn man seine Entwicklung nicht hindert.

Ich freue mich, mit dem Entwurf des Grafen Schöner in vielen Punkten übereinstimmen zu können, doch konnte sich ihm die Commission nicht anschließen. Der Antragsteller hat erklärt, es nicht für angemessen zu halten, daß eine Anklageschrift gegen die Minister an die Krone gerichtet werde. Da wir aber das Petition gestellt haben, die Minister zu entlassen, — ein Petition, dem auch der Schwerin'sche Entwurf in seinem Schluß nahe kommt, mußten wir es gründlich motiviren. Was das Ministerium thun wird, können wir nicht wissen, sondern nur vermuthen; sollte aber das Ministerium die Sitzung nicht auflösen, sondern schließen, so wäre das ein neuer eclatanter Verfassungsbruch, denn es hieße, die Verabredung des Budgets unmöglich machen. (Hört, hört! Sehr wahr!) Seitdem die Läden in unserer Verfassung erfunden wurde, — erunden, nicht entdeckt, denn sie ist in der That nicht darin vorhanden — hat man noch viele andere Läden bebauplet, und bald wird unsere Verfassung selbst nur noch eine große Lücke sein. Es handelt sich um die Frage, ob wir noch ein constitutioneller Staat sein sollen. Verzeihen wir den Ausspruch, den wir vom Ministerium fürzlich gehört haben: „Die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte ist Pflicht, ihr Aufgeben Willkür.“ Lassen Sie sich durch kleine Bedenken nicht zurückhalten; jede Adresse kann nur durch einen Compromiß zu Stande kommen. Lassen Sie sich bei Ihrem Votum nicht dadurch bestimmen, daß Ihnen ein Wort zu stark oder zu schwach erscheint, darauf kommt es ja nicht an; Ihre Wähler werden verstehen, richtig zu lesen; sondern auf die Einheit kommt es an. Der Ministerpräsident hat uns vor Kurzem erklärt, er habe die Verfassung ebenjowohl beschworen, als wir. Zeigen wir, daß wir unseren Eid halten. (Bravo!)

Die General-Diskussion wird eröffnet, zunächst jedoch der Verbesserungsantrag des Abgeordn. Grafen Schöner zur Unterthänigkeit gestellt. Die Unterthänigkeit reicht aus. (Außer den Liberalen erheben sich dafür die Katholiken und ein Theil der Fraction Bodum-Dollfus.) Als Redner sind eingeschrieben für den Commissions-Entwurf die Abgeordn.: Dr. Löwe, Schulze (Berlin), Schwarz, Meibauer, v. Sybel, Parrissius (Brandenburg), Heidenreich, Wahn, Dunder; dagegen: Reichensperger (Seldern), v. Vinde (Obenborff), Dr. Simson, v. Vinde (Stargard), v. Gottberg, v. Rüdthofen (Striegau), Plakmann, Reichensperger (Bedum), Joltowski-Buch, v. Bonin (Stolz), v. Massow.

Zur Geschäftsordnung beantragt Hr. v. Vinde (Stargard) die General- und Special-Diskussion zu verbinden und nicht erst über die Frage „ob eine Adresse zu erlassen“ am Schluß der General-Diskussion abstimmen zu lassen, da über diese Frage Niemand im Hause zweifelhaft sein könne. Nach einigen Bemerkungen des Präsidenten und des Abg. Reichensperger (Bedum) zieht v. Vinde seinen Antrag zurück.

Abg. Reichensperger (Seldern) gegen den Commissions-Entwurf: Die Frage, ob eine Adresse erlassen werden solle, sei bereits entschieden. Wenn man sie aber durch die königl. Befehlschrift für geboten erachte, müsse man die Antwort auch auf die Frage beschränken, also nicht über den in der Befehlschrift behandelten Gegenstand ausdehnen. Die weite Ausdehnung entspreche nicht der Localität des Hauses gegen den Thron. — Trotz seiner Anerkennung der Nothwendigkeit einer Adresse werde er für keinen der beiden vorgelegten Entwürfe stimmen; er würde es auch nicht für einen Schaden halten, wenn keiner der beiden, sondern etwa ein dritter Entwurf angenommen würde. — Gegen den Commissions-Entwurf spreche, daß der bisher stets energisch zurückgewiesene und in einem Meer von Loyalitätsversicherungen ertüchtete Gedanke „der parlamentarischen Regierung“ darin mit der unzweifelhaftesten Klarheit zum Ausdruck gelangt sei; alles Uebrige sei nur Nebenbändel. Ein Theil der darin enthaltenen Vorwürfe über den budgetlosen Zustand u. s. w. sei richtig, man müsse doch aber den factischen Zustand in's Auge fassen. Wenn z. B. die Majorität des Hauses früher erklärt habe, es sei verfassungswidrig, wenn die Regierung Ausgaben mache, die das Haus gestrichelt habe, so liege in dieser Erklärung doch, daß es nicht verfassungswidrig sei, wenn die Regierung Summen verausgabe, die das Haus nicht gestrichelt habe. — Daß das Haus keine Disciplinargewalt gegen die Minister haben könne, folge schon daraus, daß es nicht vorgelegte Befehle derselben sei. — Gegen den Schwerin'schen Entwurf spreche namentlich die Verfühlung der vielen Schriftstücke. Dasselbe involvire gegen Se. Maj. den Vorwurf, daß derselbe sich nicht informirt, sondern einseitig habe Vortrag halten lassen. Er könne von dieser Voraussetzung nicht absehen. Die stenographischen Berichte seien nicht maßgebend. Seitens des Präsidiums würden öfters Äußerungen ertheilt, die nicht gerade positiv in der Geschäftsordnung begründet. Auch in diesem Falle sei nicht zu verkennen, ob die betr. Unterbrechung der Disciplinargewalt entloschen oder nicht. — Die Schwerin'sche Deduction sei nur zureichend in Betreff des ersten Ministerialschreibens vom 11. Mai, nicht auch in Betreff dessen vom 16. Mai, worin ausdrücklich auf die Disciplinargewalt Bezug genommen worden.

Redner tritt sodann den Commissions-Entwurf im Einzelnen: Die Stelle vom Wechsel der Personen enthalte nicht mehr als einen Rath an die Krone, sondern den Anspruch der absoluten Nothwendigkeit, die Minister aus der Majorität des Hauses zu wählen. Eine solche Sprache werde schwerlich das Haus beitragen, die verfassungsmäßigen Zustände zu stärken. Der aufgestellte Satz sei auch weder rechtlich begründet, noch factisch richtig. Was solle geschehen, wenn Se. Majestät dem ausgesprochenen Anfinnen nicht nachkomme? Entweder das Haus müsse von seiner Ansicht ablassen, oder es statuire den Satz, daß der Wille Sr. Majestät bei der Ministerwahl nicht mehr entscheidend sei, einen entliehenen Widerspruch mit Art. 62 der Verfassung. Das könne doch in diesem Hause nicht ernstlich beabsichtigt werden. Jener Satz der Majorität führe zur Diktatur, und zwar zur ungesetzlichen Diktatur, zu der einer schwankenden, in sich zerbröckelnden Majorität. — Die jetzige Majorität sei nur eine Coalition-Majorität; das etwaige neue Ministerium würde auch schwerlich eine dauernde Majorität haben. Diese parlamentarische Regierung führe zum Ruin des Landes. — Jede Landesvertretung habe das Recht und die Pflicht, sich mit ihrem Rathe an die Krone zu wenden, aber eben nur mit ihrem Rathe. — Er stimme deshalb gegen die vorgelegten Adressen, und glaube auch so, seinem Verfassungseide gerecht zu werden. (Beifall bei den Katholiken.)

Abg. Dr. Löwe (Bodum): Als das Haus seine Beschlüsse gefaßt hat über den Vorfall, welcher die Verhandlungen dieses Hauses in so unerfreu-

licher Weise gestört hat, da ging es von dem durchaus berechtigten Standpunkte aus, daß es dem Abgeordnetenhaus nicht gezieme, sich in theoretische Erörterungen, in gelehrten Phantasmen zu ergeben, daß es nicht seine Aufgabe sei, die verehrte Abgeordnete für Montjoie, Dr. Simson, sehr treffend in der letzten Sitzung bemerkte, „Doctorfragen“ zu lösen. Das Haus hat recht daran gethan, daß es lediglich den concreten Fall in's Auge gefaßt und somit practisch vorgegangen ist. Der erste Redner, der heut gegen den Commissions-Entwurf gesprochen, hat beratige theoretische Fragen aufgeworfen und weitläufig erörtert; er hat an einzelnen Fällen darzuthun versucht, wenn sich dies so verhielte, müßte jenes so sein, und dergl. mehr. Auf den Kern der Frage ist er indeß dabei nie eingegangen. (Hört!) Wenn andere Beisatzfragen zur Entscheidung des Hauses gelangen sollten, so wird sich dasselbe gewiß nicht scheuen, jede einzelne in dem gegebenen Falle zu erörtern und zu entscheiden; aber im Allgemeinen darüber Kapitel aus Collegienheften vorzulesen, ist Sache des Rathes, nicht dieses Hauses (sehr richtig). Abzüglich hat sich das Haus niemals in Debatten über allgemeine Fragen wie, ob königliches, ob parlamentarisches Regiment, die so leicht zu Mißverständnissen führen, eingelassen; nur mit bestimmten Beschlüssen über bestimmte Fragen betritt es einen sicheren und festen Boden.

Der Vordröner hat einen Angriff ferner gegen die Majorität dieses Hauses geschleudert, wegen eines Beschlusses, an dem ich allerdings nicht theilgenommen, da ich damals dem Hause noch nicht angehört. Aber damit das Haus einmal fertig werde mit dem vom Vordröner gegen die Beschlüsse des vorigen October erhobenen Vorwurfe der Verfassungswidrigkeit, so wie ich nur auf den Eingang jenes Beschlusses hin und darauf, daß damals, als derselbe gefaßt wurde, man noch nicht wissen konnte, ob das Herrenhaus wirklich die große Verantwortlichkeit auf sich nehmen werde, das ganze Budget nur deshalb zu verwerfen, weil nicht so viel bewilligt worden, als man verlangt hatte.

Jeder Fortschritt im Verfassungsstaate beruht auf Compromissen; so muß auch eine Adresse auf dem Wege eines Compromisses zu Stande kommen. Diejenigen, welche vorher gegen die Adresse waren, unterscheiden sich jetzt von uns nur dadurch, daß sie die Adresse auf die Beamtentugend der Beschränkung beschränken wollen. Ich gebe zu, daß immer eine besondere Veranlassung zu einem so außerordentlichen Schritte, wie eine Adresse, vorhanden sein muß; aber es ist jetzt eine solche Veranlassung vorhanden; es handelt sich um die Erhaltung des beschworenen Rechts, um die Existenz des Staates. Ich appellire an das Herz derjenigen, die die Adresse auf den berührten Punkt beschränken wollen, ob sie nicht schon lange traurig gewesen aber die gemessene Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, das beschworene Recht zu erhalten, eine Reformpolitik zu entwickeln. Es giebt gewisse Dinge, die nothwendig sind für die Existenz eines Gemeinwesens: durch die auswärtige Politik der Regierung ist der preussische Staat auf höchste bedroht.

Bei der eigenthümlichen geographischen Lage des preussischen Staates steht die Existenz desselben auf dem Spiele, wenn der große Zusammenbruch erfolgt. Allerdings wird auch in diesem Zusammenbrüche das edle deutsche Volk nicht untergehen und seine Mission zu erfüllen nicht aufhören, aber die territoriale Einheit wird dann nicht aufrecht erhalten werden. Wir als preussische Abgeordnete, die wir die Verfassung beschworen, haben die Pflicht, deshalb unsere warnende Stimme zu erheben, wo es sich um eine Existenzfrage für den Staat, die Krone, die Dynastie handelt. Ich habe bereits damals den Augenblick für eine Adresse für geeignet gehalten, als die Regierung in der polnischen Frage ihre Kraft und Thätigkeit einseitig nach dem äußersten Osten richtete und einen Schwerpunkt außer Deutschland suchte. Als dann der Augenblick kam, wo es galt, eine alte Ehrenpflicht Preußens gegen Schleswig-Holstein zu erfüllen, eine Ehrenpflicht, die im letzten Grunde auch eine Existenzfrage ist, so hielt ich ebenfalls die Veranlassung für eine Adresse gekommen. Jetzt ist die Frage endlich zur Entscheidung gekommen, nicht durch unsere eigene Kraft und Geschäftlichkeit, sondern durch das Verschulden unserer Gegner. — Auf die inneren Fragen will ich nicht weiter eingehen, da andere Redner sie noch entwickeln werden. Nur einige Worte will ich Ihnen ans Herz legen. Mit Recht hat vor einigen Jahren der König den obersten Befehl über das Bundesheer in Anspruch genommen. Daran leben wir ja hauptsächlich, daß Preußen, welchem seiner geographischen Lage wegen vorzugsweise die Vertheidigung deutschen Territoriums obliegt, fast die ganze oder doch die hauptsächlichste Last der Landesvertheidigung zu tragen hat. Der Anspruch des Königs auf den Oberbefehl war daher gewiß berechtigt und wurde von allen Patrioten unterstützt. Demnach resignirte die Regierung und verzichtete auf diese Erfüllung der Lebensbedingungen eines aufstrebenden Preußens und suchte sich durch übermäßige Entwicklung der eigenen Militärkräfte die Macht zu verschaffen, die für den preussischen Staat seine eigenthümliche Lage erfordert.

In Consequenz dieser übermäßigen Entwicklung der Militär-Macht suchte darauf die Regierung in Ablosung von dem deutschen Volke eine andere Allianz im äußersten Osten, welche es gänzlich abloßt vom deutschen Boden. Deshalb müssen wir dem Könige sagen, daß große Gefahren über seinem Lande, über seinem Volke, seiner Dynastie schweben, daß die Wege, auf denen sein Ministerium den Staat leitet, die Gefahr fort und fort vergrößert, und das Land der Mittel verbergt wird, diese Gefahren zu beschwören. Das deutsche Volk ist ein tapferes Volk, ein loyales Volk. Noch lebt in ihm das alte gaudium proclii und seine Ehre trifft man auf allen Schlachtfeldern, namentlich denen der Freiheit. Wenn wir jetzt den Frieden verlangen, geschieht es nicht aus Feigheit, sondern in gewissenhafter Sorge um das Land und dessen Gedeihen! (Sehhafter Beifall.)

Abg. v. Joltowski (Wul). (Der Redner ist außerordentlich schwer zu verstehen.) Wenn er und seine Freunde gegen den Commissions-Entwurf stimmen, so geschehe dies mit einem schmerzlichen Gefühl. Er hätte gehofft, die Adresse würde alle Uebelstände, welche die Politik des Ministeriums über das Land gebracht, aufdecken, aber der Entwurf entspreche seinen Erwartungen nicht. Man finde in der Adresse Beschwerden und Klagen über die innere Politik des Ministeriums, über Verfassungs-Verlegung, während es viel tiefere Uebel gebe, welche die Adresse nicht erwähne. Die Stellung seiner Freunde sei bekannt; sie hätten stets zu denen gehört, welche die Rechte des Landes vertheidigt hätten; sie ständen noch heute auf dem Standpunkte ihres nationalen Rechtes und dieses Recht könne durch keine juristischen Deductionen verdrängt werden. Die Verlegung, über welche das Haus Beschwerde führe, habe doch einen anderen Charakter als die Verlegung, über welche er und seine Freunde sich beschwerten. Der Militärstaat, über welchen die Adresse Klage führe, sei in Polen zur Militärdiktatur geworden. Der Belagerungszustand sei factisch eingeführt und das Recht befristet. (Der Redner geht speciell auf die polnische Frage ein und wird deshalb vom Präsidenten unterbrochen.)

Der Redner erwidert, daß er nur nachzuweisen beabsichtige, daß er gegen die Adresse stimmen werde, weil vieles in derselben fehle, was er darin angenommen zu sehen wünschte. Die Adresse gebe den Ansichten des Landes keinen genügenden Ausdruck und könne ihn von seinem Standpunkte aus nicht weniger als befriedigen. Aber auch das Haus könne sie nicht befriedigen. Sie sei hervorgegangen aus der Mitte der deutschen Fortschrittspartei. Welche mit derselben den ersten Schritt zurückthue, weil in derselben keine klüchtigen großen Prinzipien den Weg verträten. Er werde deshalb gegen die Adresse stimmen, aber doch für das erste Mal eine Besondere, weil er mit dessen Inhalt, der die Würde des Hauses wahre, vollständig einverstanden sei.

Abg. v. Sybel: Wenn der Vordröner es der deutschen Fortschrittspartei zum Vorwurf gemacht hat, daß sie die wichtigsten schwebende Frage, die polnische, nicht berührt hat, welche zugleich die deutsche Politik nahe angebe, so muß man ihm darauf erwidern, daß es in diesem Moment eben geboten ist, nicht polnische und nicht deutsche, sondern preussische Politik zu treiben. Die Ausführungen des Abg. Reichensperger haben auf mich den Eindruck gemacht, daß er sich von den Grundgedanken der Adresse ein Bild entworfen, das in derselben nicht enthalten ist. Leitender Gesichtspunkt war für ihn der Satz: es sei das Recht dieses Hauses, sich mit Wille und Beschwerde über die Minister an die Krone zu wenden, aber man müsse sich über einzelne Thatsachen beschweren, man habe auch nicht das Recht, der Regierung seine Mitwirkung feierlich aufzukündigen.

Das Haus erklärt aber, daß es nicht im Stande sei, die gegenwärtige Richtung der Regierung zu unterstützen, in dieser Richtung mitzuwirken, und unsere Schuld ist es ebenfalls nicht, wenn wir uns nicht über einzelne Akte allein der Regierung beschweren können. Denn alle einzelnen

Alle sind nichts als Ausflüsse eines rechtswidrigen Systems, von dem uns loszulassen vollständig gerechtfertigt ist. Der Abg. Reichenberger hat uns dann weiter aufgefordert, die Quellen des gegenwärtigen Conflicts zu suchen, die nicht auf einer Seite allein zu finden sind; er hat dabei denjenigen Apparat vorgeführt, mit dem jedes constitutionelle System angegriffen worden ist, denn er hat wesentlich mit demselben Argumenten operirt, mit denen im Jahre 1839 der Marquis Custine die Welt als mit den Argumenten des Kaisers Nikolaus von Rußland überzogen hat. Wenn er auf die aus den Grundfragen der Adresse sich ergebende parlamentarische Krankheit hingewiesen, so muß ich dagegen betonen, daß seine Grundfrage das parlamentarische Leben selbst Englands an einem Tage schließen würden. Unsere Ansicht über die Selbstständigkeit der Regierung ist äußerst einfach: die Regierung bewegt sich auf jedem Gebiet der Verwaltung durchaus selbstständig, wenn sie dabei nicht neuer Gesetze und neuer Geldbewilligungen bedarf. Unsere Klage geht nur dahin, daß die gegenwärtige Regierung von dem ersten Tage ihrer Existenz an diese beiden Schranken als nicht vorhanden betrachtet hat. Der Abg. Reichenberger hat nochmals die Unmöglichkeit für die Regierung darzutun gesucht, unserem vorjährigen Budgetbeschlusse nachzukommen. Die Regierung hat aber, nachdem wir ihre Forderungen abgelehnt, die Pflicht, sofort Schritte zu thun, um dem Hause ein anderes, annehmbares Budget vorzulegen. Statt dessen hat man im graden Gegensatz zu dieser Pflicht das Budget für 1863 ganz zurückgezogen und mit der Einführung des budgetlosen Regiments die Umkehrung des constitutionellen Systems vollzogen. Wenn wir hätten bewilligen wollen, was uns angemuthet worden ist, so wäre die Regierung mit einer parlamentarischen Regierung in diesem Stup wohl zufrieden gewesen.

Die Reg. sagt, daß sie unter Bewilligungsrecht wohl anerkennen will, wenn das Haus sich ihren Forderungen einfach anschließt; die Reg. sagt: ihr habt das Recht zu bewilligen und zu verweigern, aber die Reorganisation, die dreijährige Dienstzeit können wir nicht aufheben, dies erfordert die Staatsorgane. Ein solches Verfahren ist die Appellation an das Prinzip der öffentlichen Wohlfahrt; es enthält die Forderung, daß alles Recht sich beugen soll den subjectiven Ansichten der Reg. über das, was sie unter allgemeiner Wohlfahrt versteht. Zur Beurtheilung dieses Verfahrens kann ich mich auf Stahl berufen, der den Grundfals ausgesprochen hat, daß Jeder, der die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt erhebt, über Recht und Gesetz stellt, seinem ganzen Standpunkt nach ein Revolutionär ist, gleich viel ob er dem Volke, oder der Regierung angehöre. Den besten Belag aber für die Richtigkeit dieses Ausspruchs giebt die Erscheinung, daß die Reg., welche das salut publicum oben an stellt und sich danach benimmt, die französische Conventregierung war. Dieses Prinzip der Allmacht governmentaler Willkür hat alle unsere gegenwärtigen Verhältnisse nach allen Seiten hin zerfressen und vergiftet. Das Gesetz sagt, die Kriegsvorbehalten sollen nur bei Ausbruch eines Krieges einberufen werden, die Reg. ruft sie ohne das Vorhandensein dieser gesetzlichen Vorbedingung ein. Das Gesetz bestimmt, die Landwehr solle von ihren Vorbehalten nur wegen ihres dienstlichen Verhältnisses zur Reichenschaft gezogen werden, die Reg. zieht sie zur Verantwortung wegen Beiträgen zum Nationalfonds und wegen Beteiligungen an patriotischen Festen. Das Gesetz bestimmt eine Vorlegung des Budgets vor dem Staatsjahr, die Reg. hat den ersten zur Durchführung dieser Bestimmung gemachten Versuch vereitelt, das Budget für 1863 im vorigen Jahre zurückgezogen und uns bis jetzt vergebens auf eine Budgetvorlage für 1864 warten lassen.

Das Gesetz erfordert die Genehmigung auswärtiger, die Staatsbürger belastender Verträge, die Regierung verweigert die Vorlage und Mittheilung eines solchen Vertrages. Das Gesetz gestattet die Verhaftung eines Abgeordneten nur wegen Verbrechen auf banhafter That, die Regierung verhaftet einen Abgeordneten, der ruhig in seinem Hause ist und legt ihm Hausarrest auf. (Unruhe in der Fraction Simon. Ruf: zur Sache!) Diese Dinge gehn hierher, sie motiviren unsere Beschwerden gegen das ganze von uns angegriffene System. (Bravo links.) Oder gehört es auch nicht hierher, wenn man uns sagt, daß man Krieg führen werde, mit oder ohne unsere Bewilligung und uns damit eine neue Perspective auf rechtslose Verwaltung eröffnet? So ist es heute mit derjenigen Verwaltung beschaflen, die in der Zeit des absoluten Staats in dem Aufse stand, auf dem Fundament der Gerechtigkeit zu beruhen, die Preußen wesentlich mit zur Großmacht erhoben hat. Jene Zeit ist vorbei: wir leben in einer Zeit, wo eine Excellenz neupreussischer Zeit einem meiner Freunde auf den Sinnweis auf die Gesetze geantwortet hat: „Ach was, Gesetze! das sind ja alte Borurtheile! jetzt heißt es Ordre, und Ordre pariren!“ (Heiterkeit.) Solche Grundfals spricht nun das Ministerium allerdings nicht offen aus, man fürchtet die Manifestationen, die durch dieselben hervorgerufen werden würden, und sorgt wenigstens für einen Staatsideologen, der eine acceptable Form solcher Grundfals und eine Rechtfertigung beschafft. (Heiterkeit.) Deshalb könnte man hierin wohl einen Fortschritt der öffentlichen Moralität erblicken. Aber ich glaube doch, daß die verhäulten Gewaltthat noch gefährlicher ist, daß sie zu einer politischen Demoralisation führt, daß man bei Zeiten überlegen sollte, welche furchtbare Verantwortung für den Entwickelungsgang des ganzen Volks man dadurch übernimmt. (Beifall.)

Wenn ich hervorzuheben habe, daß die Praxis der Regierung eine durchaus revolutionäre ist, so habe ich die große historische Wahrheit nicht verkennen wollen, daß es Zeiten gegeben hat, in denen eine revolutionäre Praxis das kleinere Uebel war, ja das das revolutionäre Auftreten kraftvollen Regenten zuweilen das einzige Heil- und Rettungsmittel war, um absterbende Nationen einem frischen, neuen Leben entgegenzuführen. Und namentlich ist auch Preußen durch solche Zeiträume hindurchgegangen. Aber in einem jeden solchen Falle muß selbst eine geringe Rechtsverletzung aufgewogen werden durch die größere Fähigkeit, das größere Verständnis der politischen Aufgaben, eine erhöhte productive Thätigkeit. Selbst wenn die gegenwärtige Regierung auch nur eine Dosis von diesen Gaben besäße, so würde ich doch beklagen müssen, daß sie den Erfolg dieser Gaben durch eine Rechtsverletzung erschwert hat. Aber wie stehen wir? Ein großes organisches Gesetz, dessen Wichtigkeit und Nothwendigkeit für die Gegenwart wie für die Zukunft allgemein anerkannt wird, das Unterrichtsgezet ist nicht vorgelegt worden wegen der Spannung der Zeit; ähnlich verhält es sich mit dem Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister. Und hier hätte das Ministerium nicht einmal eine productive Thätigkeit zu entwickeln nöthig gehabt; es hätte nur die Erbschaft seiner Vorgänger anzutreten. Der Grund der Spannung, welche das Zustandekommen von Gesetzen hindert, wo liegt er anders, als in der Existenz des gegenwärtigen Ministeriums! Hätte sich das Ministerium nicht die Frage vorlegen sollen, ob es nicht seine Pflicht sei, durch seinen Rücktritt diese Spannung zu beseitigen?

Ueberblicken wir die Thätigkeit des Ministeriums, zunächst auf dem Gebiete der Gesetzgebung, so hat es ein Gesetz über die Leichzeit der Fische zu Stande gebracht und eines über die Gewährleistung für verkaufte Hausthiere in den hohenzollernschen Landestheilen (Heiterkeit). Vielleicht hätte es auch ein Gesetz über die Abschaffung der lex Anastasiana zu Stande gebracht, wenn es nicht gegen seine Freunde im Herrenhause, die wegen der Publicationsformel Schwierigkeiten erboben, Mühsal zu beobachten gehabt hätte. — Wenden wir demnach auf die Finanzverwaltung, so sorgt der unermüdete Fleiß des Volkes dafür, daß in jedem Monate viele Millionen an Steuern in die Staatskassen fließen; trotzdem ist die Ausbeute aus den Forsten in drei Jahren um 33% gesunken worden, ein für die Zukunft des Staats höchst bedenkliches Resultat. Im Gebiete der öffentlichen Arbeiten hat das System einer bloßen Nivverwaltung zu Störungen geführt. Auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten will ich nicht ausführlich eingehen. Der Bericht, wie er jetzt aus den Verhandlungen der Commission hervorgegangen ist, hat sich über dieselben mit Recht kurz gefaßt, aber mit gutem Grunde erwähnt er die eine vom Kriegsminister gethane Aeußerung, daß wir ringsum Feinde haben. Auf einer andern Tribüne (im Herrenhause) wurde vor einem Tage die Politik der Regierung eine eminent preussische genannt (Heiterkeit). Eine Politik aber, die uns in wenigen Monaten aus einer hoffnungsreichen Lage in eine völlige Isolirung verweist, uns ringsum Feinde schafft, ist, wie ich meine, gerade das Gegenheil einer eminent preussischen, d. h. eminent fähigen und eminent erfolgreichen Politik. In diesem verhängnißvollen Augenblick müssen wir, wie der Entwurf uns vorschlägt, an den Stufen des Thrones erschrockenstills erklären, daß wir kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium besitzen. Dies ist keine leichte Pflicht, aber wenn wir die sich aufdringende Gefahr für Thron und Vaterland erkennen, werden wir, unserm Eide auf die Verfassung treu, auch unsere Pflicht erfüllen, und thun, was für Thron und Vaterland frommt! (Beifall.)

Abg. Graf Schwerin: Ich würde in dieser Debatte die Tribüne nicht bestiegen haben, wenn nicht mein Name an der Spitze des Amendements stände, welches Ihnen vorliegt. Dasselbe ist aus einer gemeinsamen Berathung mit meinen Freunden hervorgegangen und trägt meinen Namen nur deshalb, weil ich allein Mitglied der Adresscommission war, und weil ich es für meine Schuldigkeit hielt, den Antrag auch in der Commission zu stellen, M. S! Als die Anträge, die dieser Debatte zu Grunde liegen, zuerst gestellt wurden und die Wahl der Adresscommission stattfand, da vereinigten sich alle übrigen Fractionen gegen die Freunde des Abg. Birchow, weil man in allen übrigen Fractionen der Ueberzeugung war, daß der Zeitpunkt zum Erlaß einer Adresse noch nicht gekommen sei, und eine Adresse, wie der Abg. Birchow sie vorgeschlagen, nicht indizirt war. Das Resultat der Commissions-

Verhandlungen war so, daß wir hoffen durften, die Gegner des Erlasses einer Adresse würden die Mehrheit in der Commission haben. Da trat die Differenz zwischen dem Kriegsminister und dem Präsidenten des Hauses ein, und plötzlich erfuhr die Comm.-Verathungen über die Adresse einen vollen Umschwung. Wir vertraten unsere Ansicht, als man die Militär-Debatte aussetzte. Wir konnten nicht annehmen, daß der zufällige Umstand, welcher die Minister einstweilen verhielt, daß den Sitzungen des Hauses beizuwohnen, das Haus seiner Pflicht entbinden könnte, die Vorlagen zu erledigen. Ich glaube, es wäre recht eigentlich Aufgabe des Hauses gewesen, die Comm.-Vorschläge in der Militär-Debatte, wenn sie das sind, für was sie ausgegeben werden — eine Grundlage zur Verständigung mit der Reg. — zu betheiligen und dem Hause zu zeigen, daß es mehr kann, als die Reg.

Ich würde den Comm.-Anträgen nicht in allen Punkten zugestimmt haben, aber ich erkenne in denselben einen außerordentlichen Fortschritt gegen den negativen Standpunkt des Hauses im vorigen Jahre. Das Haus würde sich ein gutes Zeugniß ausgestellt haben, wenn es im Stande war, ein brauchbares Budget zu votiren; es mußte zeigen, daß die Minister mit ihrer Abwesenheit nicht das Haus strafen, sondern die Krone und das Land schädigen. (Sehr richtig.) Wenn ich nun auch in der Commission den Standpunkt festgehalten habe, daß zur Zeit eine Veranlassung zu einer solchen Adresse nicht vorliegt, so will ich doch nicht leugnen, daß ich auch prinzipiell gegen eine Adresse bin, wie sie die Comm. vorschlägt. Die Adresse charakterisirt sich als eine Beschwerdeschrift des Hauses über die Reg. bei der Krone. Daß das Haus das Recht hat, eine Adresse zu erlassen, kann nicht zweifelhaft sein, ob es politisch geboten und gerathen ist, den Weg einzuschlagen, darüber habe ich großen Zweifel; Sie kommen dadurch aus dem Dilemma nicht heraus; entweder Sie erhalten auf die Adresse eine Antwort von der Person des Königs und dann werden Sie aus dem Art. 41 der Verfassung debuzirt, daß die Antwort Ihnen nicht genügt, oder Sie bekommen eine Antwort unter Gegenzeichnung der Minister, über welche Sie sich beschwert haben. Sie werden sagen, wir verlangen keine Antwort, sondern nur, daß auf unsere Wünsche eingegangen wird. Nun frage ich Sie, ob Sie durch eine solche Adresse Ihrem Ziele näher zu kommen glauben; oder ob Sie sich weiter davon entfernen? Ich verlange von jedem politischen Manne, daß er sich die Folgen seiner Schritte vergegenwärtigt und daß er keinen erfolglosen thut, weil deren Nachteile regelmäßig auf ihn selbst zurückfallen. Aber ich irre mich nicht, wenn ich annehme, daß ein großer Theil der Redner, während er nach oben spricht, nach unten sieht. Ihr Augenmerk ist auf die Wirkung gerichtet, welche die Adresse im Volke hat.

Auch in dieser Beziehung glaube ich, daß dies nicht das richtige Mittel ist, abzugeben davon, daß Sie dem Volke ein besseres Geschenk machen können, als diese Adresse. Wir sollten dem Lande zeigen, daß wir im Stande sind, etwas Positives zu schaffen. Die Adresse würde nur Aufregung erzeugen, ohne Erfolg zu haben. Aus diesen Gründen waren wir bis gestern ganz entschieden gegen den Erlaß einer Adresse. Seit gestern hat sich aber unser Standpunkt geändert. Auch heute können wir dieser Adresse unsere Zustimmung nicht geben; wir glauben uns aber der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, auf die königl. Vorkassat eine Antwort zu geben. Diesen Charakter trägt das Amend., welches wir gestellt haben. — Ich würde der Wahrheit zu nahe treten, wenn ich es nicht ausspräche, daß der Conflict nicht die Ursache, sondern nur das Symptom ist. Der Zwiespalt hat viel tiefere Gründe und weil er so tief liegt, hat der gegenwärtige Incidenzpunkt einen acuten Charakter angenommen. Wenn der Herr Referent geäußert hat, daß wir mit der Majorität denselben Standpunkt einnehmen, so muß ich das ablehnen. M. S., wir constatiren eine Thatfache, Sie aber präjudiciren eine Entscheidung; wir stellen der Weisheit Sr. Maj. die Entscheidung anheim. Wir sind der Meinung, daß nicht die Reg. allein die Schuld an dem Conflict trägt, sondern daß das Verhalten der Majorität des Hauses einen wesentlichen Theil daran hat. Allerdings hat die Majorität nur das verfassungsmäßige Recht des Hauses ausgeübt, aber der Gebrauch ist vielfach von der Art gewesen, daß die Interessen des Landes dadurch nicht gefördert worden, der gegenwärtige Zustand aber dadurch herbeigeführt ist. Wenn ich somit die Differenzen bezeichne, wenn ich erkläre, warum meine Freunde und ich Ihrem Entwurfe nicht zustimmen können, wenn ich somit unsern Standpunkt gerechtfertigt habe, so will ich am Schlusse das nicht in Abrede stellen, daß in Ihrem Entwurf manche Grundgedanken enthalten sind, denen wir uns nicht verschließen wollen, wenigstens in der Form ausgesprochen sind, wie wir wünschten.

Meine Herren, wir erkennen mit Ihnen an, daß das preuß. Volk die Achtung und Wahrung seines verfassungsmäßigen Rechts fordert; wir betreten nicht, daß die durch die Verfassung garantierte Verantwortlichkeit der Minister endlich ins Leben treten muß; wir sind endlich und schließlich mit Ihnen vollkommen darin einig, daß Preußens Stärke allein beruht auf der Einigkeit zwischen Fürst und Volk, und daß diese Einigkeit zur Verbindung macht die Wechselseitigkeit von Vertrauen und Treue; wir wissen, daß wir dem äußeren Feinde nur dann mit ganzer Kraft gegenüber treten können, wenn diese Einigkeit vorhanden ist. Wir hoffen und glauben, daß woher diese Angriffe auch kommen mögen, Preußen stark genug sein wird, ihnen zu widerstehen, Angriffe, von denen wir wünschten, daß sie durch eine weise Politik vermieden wären, soweit dies mit der Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes vereinbar ist, unseres preussischen Vaterlandes, als des Vorkämpfers für deutsche Ehre und deutsches Recht. (Bravo.)

Abg. Schulze (Berlin) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Reichenbergers, der den Standpunkt der Minister in sehr gewandter Weise vertreten habe. Der Satz vom „persönlichen“ und „parlamentarischen“ Regiment sei wie die Geschichte vom „obersten Kriegsherrn“ alles eher als verfassungsmäßig. — Auch die Bebenken der Herren von der polnischen Fraction seien unbegründet. Die polnische Frage sei früher im Hause ausreichend besprochen und in der Adresse in dem Satze von der auswärtigen Politik genügend berücksichtigt. Denn die polnische Frage stehe demal den selbstverständlich voran. Der Redner geht dann zu den Ausführungen des Vorredners. Auch dieser und seine Freunde seien nicht gegen eine Adresse. Man dürfe dieselbe aber nicht, wie jene wollen, auf den Incidenzpunkt beschränken. Er erinnere an die letzten Ereignisse, der Minister habe mit vollem Ernst neulich erklärt, Preußen sei ein Militärstaat. Der lasse sich aber mit dem Verfassungsstaat nicht vereinbaren. Er erinnere weiter an die Vorgänge bei Verathung des Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes. Auch jetzt deckten sich die Minister wieder durch die Person des Königs.

Es sei Aufgabe aller Volksvertreter, die auf diesen Bänken sitzen werden, den Ministern klar zu machen, daß sie auch dem irdischen Richter verantwortlich seien. Man appellire an die „Persönlichkeit“ und suche damit die Schuld des Conflicts auf dieses Haus zu wälzen. Bei der Militärdebatte habe der Minister von einem „Sandel“ gesprochen, davon, daß man etwas „bieten“ müsse. Nun, die Regierung habe dem Hause nicht geboten, was es zu fordern berechtigt sei: die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Leben, die Bürgschaft für weiteres Halten der Verfassung und die Sühne für den Verfassungsbruch. Diese Forderung könne dieses Ministerium nicht erfüllen, sonst müßte es zunächst sich selbst in Anklagestand versetzen. Die Regierung verlange aber, man solle die vorhandene Ungeheuerlichkeit sanctioniren und dadurch zur Gesellichkeit zurückkehren. Und dafür solle man das Recht haben, zu Allem „ja“ sagen zu dürfen! — Die Erfüllung dieses Verlangens führe zum Scheinconstitutionalismus, der einzigen Form, in der in unsern Tagen der Absolutismus noch möglich sei. Aus diesem Schlupfwinkel müsse man ihn herausreiben. Er könne sich nur halten durch die politische Lage und die politische Heuchelei! (Beifall.) Dem sei entgegenzutreten. Das sei zum Bewußtsein zu bringen nach oben vor dem Throne und nach unten dem Volke. Denn jede Adresse habe zwei Seiten, das leugne er nicht. Von dieser Tribüne aus die politische Entwicklung des Volkes fördern helfen, sei eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Nur vor einem sollte man sich hüten, die schlechten Leidenhaften wahrzusehen. Man habe dies in neuerer Zeit versucht, aber da standen wir unsern Mann; diesem Bestreben sind wir entgegengetreten. (Lebhafte Beifall.)

Diese Bestrebungen gingen aus von der Reaction, sie seien nicht zu suchen in der deutschen Fortschrittspartei! — Wie Löwe schon ausgeführt, sei vor allem nach deutscher Einigkeit zu streben; an der Spitze Deutschlands zu stehen sei der Beruf Preußens. Dazu gehörten aber fähige Staatsmänner. Bedauerlich sei, daß in der jetzigen Krisis, unser Volk, das zum Kampf bereit sei, sich niedergebückt fühlen müsse, wenn es auf einen Führer sehe, und fühlen müsse, daß das deutsche Banner anderen Händen anvertraut werden müsse. Diese Lage der Sache — schon spreche man von einem Appell an das Volk, von der Absicht, die Stimmen des Volkes zu fälschen — mache es nothwendig, die Lage des Landes der Krone vorzutragen. Man müsse und werde seine Schuldigkeit thun. Und in dem Kampfe habe das Volk einen Bundesgenossen: den Geist der Geschichte und des Fortschritts. Wer die nicht für sich habe, wer sich dem Geist der Geschichte entgegensetze, der sei verloren. (Beifall.)

Der Schluß der Generaldebatte wird beantragt und angenommen. Abgeord. Gneist erwidert in persönlicher Bemerkung gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Gr. Schwerin, indem er darauf verweist, wie er schon bei Beginn der Militärcomm.-Verathungen es ausgesprochen habe, daß das negative Verhalten der Regierung die unbedingte Verwerfung zur Nothwendigkeit machen werde. Abg. Gr. Schwerin: Er zweifle nicht, daß der Herr Vorredner Gründe zu der Aenderung seiner Ansichten gehabt, aber er habe

auch nur behauptet, daß diese Gründe für seine (des Redners) Partei nicht maßgebend werden konnten.

Antragsteller Abg. Dr. Birchow: Er freue sich, daß die ganze Comm. trotz der Art ihres Zustandekommens, dessen Geheimniß Graf Schwerin mitgetheilt, sich schließlich von der Nothwendigkeit einer Adresse überzeugt habe, und daß auch der Schwerinische Adressentwurf in seinem Schlupfwinkel sich dem Inhalt seiner Adresse nähere. Er lege überhaupt keinen großen Unterschied in den Zielen beider Adressen. Es habe ihn schwer berührt, daß der Abg. Graf Schwerin, der es sonst mit der Form so scharf zu nehmen pflegt, unsere Adresse für nicht constitutionell erkläre. Derselbe habe vorgeworfen, daß wir, indem wir nach oben hin sprächen, nach unten hin sähen. Er habe von derartigen Gesichtspunkten nichts in der Adresse gefunden. Die Adresse solle allerdings in der schweren Bedrängniß des Landes dem Volke zeigen, wo es allein Hilfe zu suchen habe, und Bestrebungen im Voraus als unconstitutionell zurückweisen, die es ablenken möchten von der gesunden und verfassungsmäßigen Bahn. Die Abhilfe sei nothwendig und deshalb sei es nothwendig, daß der Weg derselben in bestimmter Weise in der Adresse bezeichnet werde. Dies thue der Entwurf der Comm. Wenn der Schwerinische Entwurf dagegen dasselbe Ziel von der Weisheit Sr. Majestät hoffte, so sei dies eine constitutionelle Phrase, die nichts bestimmt ausbrücke. — Das Haus dürfe nicht allgemeine Aufforderungen an Se. Majestät richten; sie seien hergeschickt, um offen und bestimmt zu erklären, was ihrer Ueberzeugung nach dem Nutzen des Landes am meisten fromme. Der Abgeordnete Graf Schwerin wünsch, daß das Haus in Geselbesform seine Willensmeinung und Absicht vor dem Lande darlege. Dann aber müsse das auch in ebenso positiver Weise bei dieser wichtigsten Frage geschehen. Man könne doch nicht, so lange das jetzige Ministerium bestehe, welches erkläre, es wolle das Haus erst auflösen, bis es vom Lande gebürgt gefordert sei, die Abhilfe in der Auflösung des Landes verlangen. Wir halten uns für den Ausdruck der Majorität des Hauses, und dies erkenne auch das Ministerium an, da es nicht zur Auflösung schreite. Das Ministerium werde doch nicht eine Auflösung gegen sein Interesse vornehmen (Heiterkeit). Es bleibe also nur übrig, um die Entlassung des Ministeriums zu bitten.

Der Abg. Reichenberger, der heute nicht gerade seinen besten Tag gehabt (Heiterkeit), habe in diesem Passus der Adresse das Bestreben entdeckt, die parlamentarische Regierung zu etabliren. Aber er habe durchaus nicht die Absicht, Se. Majestät zu bestimmen, aus den Reihen der Majorität seine Minister zu nehmen. Er könne dagegen vielmehr versichern, daß er und seine Freunde jedes Ministerium unterstützen würden, welches auf dem Boden der Verfassung ehrlich verbarren werde, und zwar als einfache Bürger und Abgeordnete. (Bravo.) Der Redner geht nun auf den Incidenzpunkt näher ein und führt aus, daß bei normaler verfassungsmäßiger Entwicklung des Staatslebens es dahin kommen würde, daß jeder Minister zugleich Mitglied des Parlaments sei, und daß dann kein solcher Zwischenfall eintreten könnte. Er habe aus seinem Fache her kein Vertrauen zu Mitteln, die gegen Symptome gerichtet seien und die auch nicht den gewünschten Erfolg haben könnten. Man müsse den Sitz des Uebels selbst angreifen; und dies erkenne der Schlupfwinkel der Schwerinischen Adresse auch an. Aber nicht erst seit dem Incidenzpunkte könne man mit dem Ministerium nicht mehr mit Erfolg verhandeln, sondern schon seit langer Zeit habe sich diese Ueberzeugung geltend gemacht.

Wenn der Abg. Graf Schwerin sage, sie sähen nach unten, wenn sie nach oben sprächen, so scheint es ihm dagegen, daß dieser und seine Freunde, wenn sie nach oben sähen, nach unten sprächen (Heiterkeit). Der Abg. Schulze (Berlin) habe bereits die Hauptgesichtspunkte der Adresse entwickelt: sie solle im Volke das Rechtsbewußtsein, das sittliche Gefühl erhalten und stärken, das nöthig sei, um den Staat aus dem großen Conflict unversehrt hervorgehen zu lassen. Es handle sich darum, dem Könige zu zeigen, daß das Ministerium das Volk und die Krone in Gefahr bringe. — Der Redner geht nun auf die Interpretation der Verfassung seitens des Ministeriums Bismarck ein, die nach und nach Artikel für Artikel derselben in Frage gestellt, und sucht darzuthun, daß diese Interpretationskunst in dem Schreiben des Ministeriums vom 16. Mai den Gipfel der Kühnheit erklommen.

Der Redner erinnert in weiteren Verläufe in Betreff der äußeren Politik an die bekannte Mittheilung des englischen Blaubuchs über die Unterredung des engl. Gesandten mit Herrn v. Bismarck, in welcher jener diesen darauf hinwies, daß, wenn die Haltung der englischen Presse weniger preußenfreundlich sei als bisher, dies nichts zu thun habe mit der Haltung der preussischen Nation. Habe man doch die Freunde zurückgeschoben, preußenfreundliche Blätter verboten etc. Schreie eine solche Lage nicht zum Himmel! — Was die Zulässigkeit von Adressen überhaupt angehe, so erinnere er daran, daß schon in den ältesten Zeiten die Stände Adressen an die Fürsten zu richten pflegten. Das Haus thue damit seiner Würde keinen Eintrag; es thue, was ihm überhaupt möglich sei. Er glaube zwar, daß die Volksvertretung auch mit ihrer Negative siegen werde, aber im gegenwärtigen Fall sei die Positive nothwendig. Der vorliegende Entwurf sei das Resultat des Bestrebens, möglichst allen Standpunkten gerecht zu werden, ohne das Prinzip zu verletzen. Hätten er und seine Freunde in dem einen oder anderen Punkte, namentlich in Betreff der deutschen Frage, eine schärfere Fassung gewünscht, so seien sie doch damit einverstanden. Der Hauptpunkt sei die Beseitigung des Ministeriums. Das Weitere werde sich von selbst ergeben. Er bitte alle Seiten des Hauses, die Adresse anzunehmen, die sein solle für Seine Majestät ein Nothruf über die gegenwärtige Lage, die unsittliche Behandlung der Verfassungsfrage, und für das Volk eine Aufforderung, festzuhalten an der Verfassung und seinem Rechte. (Bravo!)

Zur persönlichen Bemerkung verlangt hierauf das Wort: Abg. v. Vincke (Stargardt): er habe nie die Regierungsfähigkeit der Fortschrittspartei in Abrede gestellt, ebensowenig habe er seinen Freunden eine eminente Regierungsfähigkeit zugesprochen. Was ihn persönlich angehe, so erkläre er, daß ihm wiederholt ein Regierungspostequille angeboten sei, daß er dies aber immer abgelehnt habe, da er sich nicht für geeignet halte zum Minister. Uebrigens könne er es gar nicht billigen, wenn die Partei des Abg. Birchow darauf verzichte, ein Ministerium zu bilden; dann bliebe also nur übrig, daß sie immer nur in der Opposition bleiben und agitiren wolle.

Abg. Graf Schwerin: er habe nicht die Geheimnisse der Commission ausgeplaudert, sondern habe seine betreffenden Kenntnisse nur aus der Kammerforenponenz geschöpft. — Der Abg. Birchow habe ferner von gewissen Männern gesprochen, die sich hätten überempfinden lassen, zu denen er auch wohl habe gehören sollen: er könne aber nicht zugeben, daß er jemals überempfindet worden sei, er vertrete, was er als Minister gethan, vollständig noch jetzt.

Abg. Birchow: es sei Unrecht, daß der Abg. v. Vincke der Fortschrittspartei den Vorwurf der bloßen Agitation mache, da sie kein Ministerium zu bilden beabsichtige, weil der Abg. v. Vincke sich doch selbst in der Lage befände, nicht Minister werden, also wohl nur agitiren zu wollen. (Große Heiterkeit!) Uebrigens habe er durchaus nicht gesagt, daß nicht nöthigenfalls seine Partei ein Ministerium zu bilden fähig und gewillt sein würde; er habe nur gesagt, daß seine Partei dem Könige nicht sich selbst als Ministerium empfehle, sondern jedes verfassungstreue Ministerium, das Se. Majestät ernennen würde unterstützen wolle.

Nach kurzer Replik des Abg. v. Vincke und nach wenigen Bemerkungen des Ref. v. Unruh, der mittheilt, daß Petitionen aus Solingen und Breslau über den Vorfall vom 11. Mai eingegangen seien und diese durch die Adresse ihre Erlebigung finden würden, wird die Frage, ob eine Adresse an Se. Maj. den König zu erlassen, einstimmig bejaht.

Man geht zur Specialdebatte zunächst über den ersten Absatz. Abg. v. Vincke: Er wolle nur constatiren, daß in dieser ganzen Angelegenheit die Regierung sich in tactischen Fehlern selbst übertraffen habe. Der erste Vorfall, der Conflict zwischen dem Kriegsminister und dem Vice-Präsidenten habe die Majorität, welche über die Frage, ob das Militärgezet zu amendiren oder zu verwerfen sei, in Zwiespalt gerathen, wiederum geeint. Dann sei das zweite Schreiben des Ministeriums gekommen, welches, bei läufig gesagt, außerordentlich schlecht stilisirt gewesen sei; da habe sich noch eine größere Majorität über die bis dahin bestrittene Frage geeint. Endlich nach Entziffern der königl. Vorkassat hätten sogar die Männer, in deren Nähe ich zu sitzen die Ehre habe, ihren prinzipiellen Widerspruch gegen eine Adresse über die Lage des Landes fallen lassen. Es zeige dies, wie jeder tactische Fehler sich räche. Der Referent habe nicht mit Unrecht gesagt, die Regierung besolde das System, das Haus mit Nichtachtung zu behandeln. Der Ministerpräsident namentlich habe sich wiederholt spöttisch, höhnen, dergewandert ausgesprochen und gerit. Andererseits seien aber auch Aeußerungen gegen die Regierung gefallen, von denen er behauptet müsse, daß dieselben dem Ansehen des Hauses nachtheilig gewesen seien. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen den Ministern u. A. der Vorwurf der Willkür, Abenteuerlichkeit u. s. w. gemacht wurde. Diese Ausdrücke, von denen er annehmen müsse, daß der Präsident sie nicht gehört habe, seien ungerügt geblieben, obwohl sie offenbar Injurien gewesen seien, auf welche ein Ordnungsruf hätte erfolgen müssen. Kränthe aber als Beleidigungen sei hoch, gegen den ein Ordnungsruf nicht einmündig sei, und dieses Mittels habe sich der Ministerpräsident wiederholt einem solchen Mittel bedient, daß er, Redner, wiederholt sich veranlaßt gesehen habe, unmitttelbar nach Herrn von Bismarck auf das Wort zu verzichten. In beiden Adressentwürfen sei die Regierung sonnenklar widerlegt;

er könne für den ersten Passus beider Adressen stimmen. Die, welche von Graf Schwerin an erster Stelle unterzeichnet, und, wie er ja wohl sagen könne, von dem verehrten Manne neben ihm (Simson) ausgegangen sei, scheine ihm milder. Er bitte, bei der Abstimmung auch diesen Entwurf zu theilen, da er nicht für alle Sätze desselben stimmen könne. Auf Antrag des Abg. Heidenreich wird die General-Diskussion geschlossen, und A. I. des Kommissions-Antrages mit großer Majorität angenommen. (Dagegen nur die Feudalen, die Katholiken, die Ultraliberalen, die Fortschrittspartei, Fraatz, Bodum-Dollfus, parlamentar. Verein, v. Vinde (Stargardt).

Gegen A. II. des Commissionen-Entwurfes erklärt sich Abg. v. Vinde (Stargardt): Es werde in demselben davon gesprochen, daß eine Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Zuständen noch nicht erfolgt sei. Er müsse doch constatiren, daß, soweit es das Budget betrifft, am 31. März eine Vorlage gemacht sei, über welche die Budget-Commission bis heute noch keinen Bericht erstattet habe. Ferner müsse er sich gegen den Satz erklären, worin behauptet wird, daß die Minister fortfortfahren, verfassungswidrige Grundzüge offen auszusprechen. Er habe einen solchen Ausdruck nicht vernommen, mindestens müßte man solche Vorwürfe spezifiziren. Abg. v. Sybel habe viele Fälle von Gesetzesübertretungen angeführt, und auch des Falles mit dem Abg. v. Niegowski erwähnt; es sei dies eine einseitige Beschwerde, über welche er sich kein Urtheil erlaube. Er werde gegen dieses Alinea stimmen.

Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent erwidert, daß die Regierung, statt eine Inzidenz einzuführen, sich darauf beschränkt habe, eine Vorlage wegen Staatsüberschreitungen zu machen, die nicht als Heilung zu betrachten sei.

Abg. Birchow bemerkt als Referent der Budget-Commission, daß die Vorlage der Regierung so unvollständig sei, daß sie sich gar nicht habe beraten lassen. Sie sei auch unannehmbar, weil durch die Annahme der verfassungswidrigen Zustand functionirt würde.

Alinea II. wird angenommen. (Ultraliberalen mit v. Vinde, Katholiken, Feudale dagegen).

Zu Abschnitt III. (Rückblick auf die Militärdebatte) wagt Abg. Walded seinen, der Amendirung feindlichen Standpunkt. Er erblicke in dem Alinea nur eine Erwiderung auf die Botschaft Sr. Maj. des Königs; es müsse dem Könige gesagt werden, daß nicht das Haus den Zweck der Session erreicht habe. Dieser Zweck sei die Wahrung der Rechte des Volkes, auf dem parlamentarischen gesetzlichen Wege. Er hebt dies hervor gegenüber den schmählichen Verunglimpfungen, die vorgelesen im Herrenhause laut geworden; da sei man so weit gegangen, die Regierung aufzufordern, sie solle ohne Budget regieren, in der russischen Politik fortfahren u. s. w. Das würde für einen englischen Tory etwas Unerhörtes sein. Die Verleumdungen und Verunglimpfungen der Mitglieder dieses Hauses gereichten nicht zur Ehre jenes Hauses; ein solches Verfahren öffne dem Volk die Augen, verdiene aber eine ernste Rüge (Bravo!).

Der Schluß der Diskussion über Alinea 3 ist beantragt und wird angenommen. Auf der Rednerliste stand noch Abg. v. Vinde (Stargardt). Die vorige Majorität nimmt auch diesen Satz an.

Zum vierten Alinea (äußere Politik) spricht Abg. Reichensperger (Bedum). Er findet in diesem Punkte den deutschen Schattenkaiser des Nationalvereins, läßt ihn ab für unklar. Was heißt „Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands!“ Die Zeiten des alten deutschen Reichs, das auch keine Einheit gewesen, seien doch vorüber. Das in Frankfurt unter Mitwirkung des Redners im Jahre 1849 vereinbarte Deutschland könne doch auch nicht gemeint sein, auf dieses passe das Wort „Macht“ nicht. Redner ist überhaupt gegen deutsche Einheit, die von Imperialismus untrennbar sei. Die deutsche Einheit sei auch unmöglich, wie Robert Mohl ausgeführt.

Die Abstimmung über den Schlußantrag bleibt zweifelhaft; daher erhält noch Abg. v. Vinde (Stargardt) das Wort: Die vom Vordredner angeführten Worte Maß's sprechen nicht gegen deutsche Einheit, aus ihnen sei nur der engere Bund und das Ausschneiden Oesterreichs aus demselben zu deduciren. Der Ausdruck des Passus sei in der Form mangelhaft; die Regierung sei deshalb nicht zu tabeln, weil sie dem polnischen Aufstande entgegengetreten. Der Redner führt seine bekannte Ansicht von der Verderblichkeit eines polnischen Reichs für Preußen aus. Feinde ringsum! würden nicht bloß die gegenwärtigen Minister zu rufen haben. Die historische Stellung Preußens vielmehr bedinge seine zahlreichen Gegner in Europa.

Alinea 4 wird mit derselben Majorität wie die beiden vorhergehenden angenommen. Zu Alinea 5 (Unmöglichkeit, mit den gegenwärtigen Ministern zu verhandeln) ergreift Abg. von Vinde (Stargardt) unter Zeichen der Ungeduld eines großen Theils des Hauses das Wort: dieser Passus enthalte eine Wiederholung von früher an die Krone gerichteten Aussprüchen und schwäche dieselben daher nur ab. Die Wiederholung könnte nur einen Mißerfolg haben. Die eine in diesem Passus ausgesprochene Alternative, Auflösung des Hauses, sei auch für jene Seite nicht zu wünschen, denn Neuwahlen würden auch eine Anzahl der Männer in dieses Haus führen (Passale), die Gegner des zwar nicht groben, aber verdienstvollen Mannes Schulte (Berlin) sein würden.

Abg. Simson: Er richtet zuerst einige wichtige Ausfälle gegen die „Parze des Hauses“, dessen „Kapitäl“ im Orientirten in jedem Diskussionsgegenstande er bewundere, gegen den Abg. Heidenreich, von dem er heute ein weniger strenges Regiment erwartet habe, da derselbe selbst auf der Rednerliste gestanden. Andererseits weist er jedoch den Redner doch der Debatte vor, daß sie allzusehr ausgebreitet habe. Kein Paragraphe der Verfassung, kein Gegenstand der parlamentarischen Debatte beinahe, Polen, Schleswig-Holstein, das deutsche Reich von 1848 — Alles sei mehr oder weniger ausführlich und wiederholend heute zur Sprache gekommen.

Der Abgeordnete v. Vinde hat den angeblichen Gefinnungswandel seiner ehemaligen politischen Freunde als etwas Zufälliges dargestellt. In der königl. Botschaft befinden sich drei Passus über die bekannten Vorgänge, die uns zu der Vermuthung veranlassen, Sr. Majestät sei schlecht informiert gewesen. Die appellatio a rege male informata ad regem melius informatum ist das älteste deutsche Rechtsmittel; in seiner Einlegung kann man nicht, wie Hr. Reichensperger behauptet, eine Verlesung des Königs finden. Hr. Reichensperger vermisst in den stenogr. Berichten die Erwähnung der unartikulirten Töne. Hat er aus Emilia Galotti nicht gelernt, daß man einen Ton nicht vor Gericht stellen kann? Sollen wir gar noch unsere Photographien beifügen! (Heiterkeit.) Der vierte Passus der königl. Botschaft, der als ein Werk der verantwortlichen Minister kritisiert werden darf, beruht auf der Voraussetzung, daß wir eine Erklärung abgeben könnten, und daß sie ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen uns und diesem Ministerium ermöglichen würde. Meine Herren, diese Voraussetzung beruht auf einer falschen Information. (Bravo.)

Zwischen uns und diesem Ministerium ist ein gedeihliches Zusammenwirken niemals möglich (Bravo), und hierüber sind wir dem Könige volle Wahrheit schuldig. Ich begreife nicht, mit welchem Schein von Recht uns vorgeworfen wird, daß wir ohne Veranlassung diesen Satz in die Adresse hineingebracht haben. Wir sind dem Könige volle Wahrheit schuldig, nicht bloß über die — ich möchte sagen — elende Geschäftsordnungsfrage, sondern über den Kern der Sache. Dieser Satz bildet einen nothwendigen Theil unserer Adresse; ich hoffe, der Antragsteller wird in die Theilung nicht willigen. Ich will meine Adresse ganz angenommen sehen, oder gar nicht. (Lebhaftes Bravo.) Der Schluß wird beantragt und angenommen. Der fünfte und sechste (letzte) Passus wird mit großer Majorität ohne Debatte angenommen. — Graf Schwerin erklärt, seine Adresse brüde einen unheilbaren Gedanken aus und könne deswegen bei der Abstimmung nicht getheilt werden. Folgt Namensaufruf über die Schwerinsche Adresse. Dieselbe wird abgelehnt mit 257 gegen 41 Stimmen; die Minorität besteht aus den Ultraliberalen (Abg. v. Vinde (Stargardt) stimmt mit Nein), einem Theil der Fraction Lette und einigen Katholiken.

Der Adressentwurf der Commission wird angenommen mit 239 gegen 61 Stimmen; die Minorität sind: die Ultraliberalen, die Katholiken, die Conservativen und die Polens auch der Abg. Senff.

Die Deputation zur Ueberreichung der Adresse wird gewählt: Hoffmann (Doppeln), Baud, Kuhlwein, Schröder, v. Massow, Römer, Bahn, Gottschewsky, Popenitz, Roggen, Koch, Bresgen, Lubewig, Stephan, Runge, Kraß, Krohnen, Schulz (Borken), Lauffer, Dr. Bernhardt, Behrend, Schneider (Sagan), Grothe, Kreutz, Dr. Boos, Köppl (Wels), Bierenberg, Olenroth, Winkelmann (Redlingshausen). — Wegen des etwaigen Empfangs wird noch Antwort erwartet. Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Die Adresse selbst lautet wie folgt: Allerhochseligster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr!

I. Ew. Majestät Allerhöchste Botschaft vom 20. d. M. ist von dem Hause der Abgeordneten eifrigstvoll entgegengenommen worden. Dieselbe bezieht sich auf den Hergang, welcher in der eifrigstvoll beigefügten Ausfertigung des betreffenden Theils der stenographischen Berichte wiedergegeben ist. Wir können daraus nur entnehmen, daß Ew. Majestät die Verhandlungen des Hauses nicht wahrheitsgetreu vorgelesen worden sind. Unser Präsident hat in der Sitzung vom 11. d. M. nicht den Anspruch erhoben, die Minister Ew. Majestät seiner Disciplinargewalt zu unterwerfen. Er hat nicht unter Berufung auf seine Disciplinargewalt den Ministern Schweigen geboten, sondern nur Gebrauch gemacht von dem stets und ohne Widerspruch der Minister ge-

übten Recht, das Wort jederzeit selbst zu ergreifen und zu dem Zwecke Schweigen zu verlangen. In Uebereinstimmung damit hat das Haus der Abgeordneten am 15. d. M. den Beschluß gefaßt: daß der Präsident vermöge des ihm allein zustehenden Rechts, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten, jeden Redner, auch die Minister und deren Stellvertreter, unterbrechen kann. — Das Haus hat hiernach von den Ministern keine Vergleichleistung auf ihre verfassungsmäßige selbstständige Stellung gefordert; es hat sich streng auf den vorliegenden Fall beschränkt, und zur Vermeidung eines weites darüber, noch durch die Zeitumstände gebotenen Streites jede Beschlußfassung über das Recht zum Ordnungsruß, zur Entziehung des Wortes und zu einer sogenannten Disciplinargewalt sorgfältig vermieden. Dagegen haben die Minister Ew. Majestät wider den Wortlaut der Verfassung, welcher jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen abhängig gemacht von der unmöglichen Bedingung der Zurücknahme einer Behauptung, welche bei diesem Hergang weder von dem Präsidium, noch von dem Hause ausgesprochen war.

II. Das Haus der Abgeordneten stand bei Empfang der Allerhöchsten Botschaft in Begriff, Ew. Majestät mit seiner Vorstellung gegen dies Verfahren seine allgemeinen Beschwerden über die Minister der Krone offen und eifrigst darzulegen. Es sind mehr als drei Monate vergangen seit unserer eifrigstvollsten Adresse vom 29. Januar d. J., ohne daß die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen erfolgt, ohne daß eine Bürgschaft für diese Rückkehr gewonnen wäre. Die Minister Ew. Majestät fahren vielmehr fort, verfassungswidrige Grundzüge offen auszusprechen und zu bekräftigen. Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheißene Ausführungsrecht über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können.

III. Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Verfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlag sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben sollten. Die Minister der Krone sind es, welche durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlung mit dem Hause diesen Zweck der Session vereiteln.

IV. Dem innern Zornwüth hat sich stets wachsend die äußere Gefahr zugesellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preußens äußere Lage günstiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnungen auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatten sich von Neuem belebt. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen getrübt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen erschüttert. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten ausgesprochen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringsum kriegerische Verwickelungen drohen. Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzufordern auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Gutheißung der Landesvertretung.

Allergnädigster König und Herr!

V. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblicke, in welchem es leider nicht mehr zweifeln kann, daß Ew. Majestät die Wünsche des Hauses und die Wünsche des Landes nicht der Wahrheit getreu vorgetragen werden. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefer Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Jede weitere Verhandlung besetzt uns nur in der Ueberzeugung, daß zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft besteht, welche nicht anders, als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

VI. Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem die volle Achtung seines verfassungsmäßigen Rechts. Seit dem Bestehen der Verfassung sind die Rechte und Interessen der Krone von der Volksvertretung stets gewissenhaft gehrt, ist den Ministern die Anerkennung und Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte nie bestritten worden. Aber die wichtigsten Rechte der Volksvertretung sind mißachtet und verletzt. Vergeblich bittet das Land der in der Verfassung verheißenen Gesetze. Möge Ew. Majestät diesem Zustande, der für Staat und Königthum schwere Gefahren birgt, eine Schranke setzen. Möge, so wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, Ew. Majestät den Glanz des königlichen Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden! Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Getrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriff entgegengehen, er komme, woher er wolle. In tiefer Ehrfurcht verharren wir Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigste treuehuldigste Das Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Major a. D. G. Georgi zu Stargard in Pommern den königlichen Kronen-Orden 3. Klasse, dem Rentier und Stadtverordneten Otto zu Berlin den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse, und dem Schulzen Lorenz Warming zu Neu-Tuchel im Kreise Conitz das allgemeine Ehrenzeichen; ferner den Appellationsgerichts-Räthen Seyert in Stettin, Kasper in Naumburg und von Rurnatowski in Bromberg den Charakter als Geheimen Justiz-Rath zu verleihen; so wie den Kreisrichter Zacher in Inowracław zum Kreisgerichts-Rath zu ernennen und dem Kreisgerichts-Sekretär Szalla in Bromberg den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

An Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen Vice-Konsuls H. Wisger in Bristol ist der dortige Kaufmann Robert Miller zum diesseitigen Vice-Konsul daselbst ernannt worden.

Dem Kaufmann Ludwig Voete in Berlin ist unter dem 20. Mai d. J. ein Patent auf eine Range zum Schützen der Bahne an Sägen in der durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, als neu und eigenthümlich erkannten Ausführung, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschämen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. (St. A.)

Dosen, 22. Mai. [Gefangenen-Transport.] Heute Vormittag wurden die bisher im hiesigen Criminalgefängnis inhaftirten politischen Gefangenen auf mehreren Wagen unter Militärbegleitung nach dem Fort Winiary gebracht, wo im Kehlthurm desselben Aufenthaltsorte für dieselben eingerichtet worden sind. Mehrfache Ovationen, wie Hineinwerfen von Kränzen und Blumen in die Wagen, wurden von Seiten der polnischen Bevölkerung den Gefangenen gebracht. (Sfd. 3.)

Russland.

Kurven in Polen.

* Breslau, 23. Mai. Es dürfte den Lesern bereits gefallen sein, daß in der letztern Zeit weniger, als früher, Berichte über die Aktionen der Insurgenten durch die Zeitungen veröffentlicht worden sind. Diese Erscheinung findet höchst wahrscheinlich darin ihre Erklärung, daß sich die Insurgenten-Abtheilungen fast überall von den Grenzen und mehr in das Innere zurückgezogen und dadurch ein Zusammentreffen mit den Russen in den benachbarten Grenzorten unmöglich gemacht haben. So leicht man also früher von solchen Aktionen die Kenntniß erhalten und dieselben publiciren konnte, so schwer hält es jetzt, namentlich bei der neuerdings verstärkten Absperzung, Nachrichten aus dem Innern des insurgirten Landes zu erhalten. Daß diese Ansicht die richtige sei, wird auch durch eine Correspondenz der „Posener Ztg.“ bestätigt, in der es unter anderem heißt: „Kolo und dessen Umgegend sind jetzt fast gänzlich von Insurgenten gesäubert, und überall an der Grenze fängt man an, die Verminderung derselben zu spüren. Viele sind geneigt, diese Erscheinung durch die enormen Verluste der Aufständischen in den letzten Wochen zu erklären; Andere hingegen sehen in diesem Zurückziehen von der preuß. Grenze den Plan, sich so viel als möglich in der Nähe Warschau's zu concentriren, um einen wohl überlegten Angriff auf diese Stadt zu machen. Heute hatte sich sogar schon das Gerücht verbreitet, daß man Praga, die Vorstadt Warschau's, angegriffen habe.“ (Das Gerücht ist jedenfalls ein verfrühtes.)

* [Die Schlacht bei Chancellorsville.] Die Reihe der blutigen und, soviel wir bis jetzt noch wissen, unentschieden gebliebenen Schlachten des amerikanischen Bürgerkrieges, ist durch Hooker's Uebergang über den Rappahannock im Anfange dieses Monats durch einen Kampf vermehrt worden, der keinem der früheren an Hartnäckigkeit nachzustehen, an Dauer aber alle zu übertreffen scheint. Alles was wir mit Gewißheit hinnehmen können, läßt sich darin zusammenfassen, daß die Kämpfe der beiden ersten Tage einen völlig unbestimmten Charakter trugen, und daß der entscheidende Ausgang von dem Kriegsgescheh des dritten Tages abhängt, von welchem wir einstweilen nur noch vage Gerüchte erhalten haben. Die amerikanischen Blätter bringen die ausführlichsten Detailbeschreibungen des Verlaufes der Schlacht; wir beschränken uns darauf, in einer verhältnißmäßig kurzen Skizze die Hauptzüge hervorzuheben. Nachdem General Hooker am Montage, den 27. April, den Rappahannock überfritten hatte, begegnete er bis zum Freitag, den 1. Mai, keinem feindlichen Widerstand. In dieser Zwischenzeit schlug er bei Chancellorsville, einem Weiler ungefähr 10 Meilen südwestlich von Fredericksburg, sein Hauptquartier auf, welches zugleich das Centrum der Armee bildete. Nach rechts hin schlossen sich das 12. Armeecorps unter Slocum und das 11. unter Howard an, nach links hin das 2. Armeecorps unter Couch und das 5. unter Meade. Das 3. Armeecorps unter Sickles bildete die Reserve, und hatte im Rücken den Fluß Rapidan. Nordöstlich von der Position lagen die Hügel, von welchen am 13. December Burnside's Angriff mit furchtbarem Gemetzel zurückgeschlagen worden. Hier standen 10,000 Mann Conföderirte, gegen welche General Sedgwick mit 20,000 Mann eine Bewegung machen sollte, wenn der Kampf in der Ebene die Hauptarmee der Conföderirten in Anspruch nehmen würde. General Lee soll am 1. Mai das Commando dem erprobten Feldherrn Stonewall Jackson übergeben haben, und dieser begann an demselben Tage damit, die Schlachtlinie der Unionstruppen von links nach rechts zu recognosciren. An mehreren Orten hatten diese Operationen ernsthafte Schärffolgen zur Folge; an denen von nordöstlicher Seite besonders das 12. und das 5. theilhaftig waren. Die eigentliche Schlacht wurde am Sonnabend (den 2. Mai) Nachmittags um 5 Uhr durch einen heftigen Angriff des Feindes auf die rechte Flanke eröffnet, und wie völlig derselbe gelang, zeigte sich darin, daß das ganze 11. Armeecorps unter Howard in größter Verwirrung die Flucht ergriff, und hätte die Brigade des Obersten Bushbeck nicht eine Ausnahme gemacht und dem Feinde nicht den äußersten Widerstand geleistet, so würde der ganze Train und die Artillerie des Corps in die Hände der Angreifer gefallen sein. Inzwischen war Berry mit einem Theil der Reserve nach der rechten Flanke hin vorgerückt und auf ihn stoßend wurde Stonewall Jackson — denn er leitete selbst den Angriff — in seinem Vordringen aufgehalten und mußte sich zurückziehen. Doch machte das Weichen des 11. Corps die Bildung einer andern Schlachtlinie für die Hooker'schen Truppen nöthig, ein Manöver, welches Angesichts des verwegenen Feindes schnell und ohne die geringste Verwirrung ausgeführt wurde. Das 11. Armeecorps, welches sich wieder gesammelt hatte, rückte nach der linken Flanke hin an die Stelle des 5. Armeecorps, welches nebst dem zweiten eine Vorwärtsschwenkung machte; der größere Theil des 12. Armeecorps zog sich zurück in der Richtung zu dem 3., dem Reservecorps. Diese Positionsveränderungen wurden theilweise in der mondhellten Nacht ausgeführt und der Kampf dauerte während derselben fort. Dreimal erneuerten die Conföderirten ihren Angriff, welchen jetzt das 3. Armeecorps unter Sickles auszuhalten hatte. Keinen Zoll breit wichen Sickles Truppen. Am Sonntag Morgen um 5 Uhr wurde der Kampf wieder allgemeiner. Auf General Berry's Division, ein Theil des 3. Armeecorps, richtete sich der Hauptstoß der feindlichen Infanterie; da aber Sickles und Slocum zur Unterstützung Berry's bereit waren, so wurde der feindliche Anprall so kräftig empfangen und mit solchem Erfolge zurückgeworfen, daß um 8 Uhr General French den Oberbefehlshaber von dem Rückzuge der conföderirten Angriffstruppen in Kenntniß setzen konnte. Das 2. Armeecorps hatte theilweise an dem Kampfe theilgenommen. General Hooker ließ gegen 10 Uhr die Schlachtlinie sich näher nach Chancellorsville zusammenziehen, welche Bewegung in guter Ordnung ausgeführt wurde, während der Kampf noch immer vor sich ging, und erst um 11 1/2 Uhr eine Pause eintrat. Die Verluste waren beiderseits sehr groß; 2000 Gefangene fielen in die Hände der Unionstruppen; auf der einen Seite fiel der tapfere General Berry (vom 3. Armeecorps), auf der andern General A. P. Hill. Am Sonntag Nachmittags machten die Conföderirten mehrfache Versuche, die Linie der Unionstruppen an einzelnen Stellen zu durchbrechen, doch hatte an dem Punkte, welcher hauptsächlich von dem Feinde ins Auge gefaßt worden war, der unionistische Capitän Weed eine solche Masse von schweren Geschützen aufgestellt, daß die Conföderirten mit schweren Verlusten immer wieder zurückweichen mußten. Chancellorsville, wo Hooker sein Hauptquartier hatte, wurde von einer Bombe in Brand gesetzt und ging in Flammen auf. Gegen Abend zogen sich die unionistischen Armeecorps in ihren Schlachtlinien hinter den Punkt, wo Chancellorsville gestanden und das Hauptquartier gewesen war, zurück, und die Feindseligkeiten nahmen damit für Sonntag ein Ende. Am Montag Morgen begann ein lebhaftes Artilleriefeuer den erneuerten Kampf, beide Armeen standen sich in nächster Nähe gegenüber. Die weiteren Ergebnisse sind noch nicht bekannt. Aus einem vom „New-York Herald“ ausgegebenen Extrablatt (datirt vom 6. Mai) können wir nur entnehmen, daß am Montag, 4., Nachmittags ein heftiges Gefecht stattfand, in welchem die Conföderirten zurückgetrieben wurden; doch zogen sich die Unionstruppen wieder in ihre Hauptlinie zurück und warfen Verschanzungen auf. Am frühen Morgen des 2. Mai hatten die Conföderirten auf den Hügeln der Südseite des Rappahannock Position genommen und begannen gegen die Trains der Unionstruppen ein heftiges Geschützfeuer. — General Longstreet hatte am Montag Morgen die Abtheilung des Generals Sedgwick angegriffen und nach lebhaftem Gefecht über den Rappahannock zurückgedrängt.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 23. Mai. Se. Hoh. der Herzog von Braunschweig ist heute früh um 7 Uhr mit dem Berliner Schnellzug aus Braunschweig hier angekommen, und hat sich sofort per Extrapost nach Spillernort begeben. Ein geflern Nachmittags um 2 Uhr eingegangenes Telegramm aus Triest besagt, daß die zweite Reisegeellschaft dort glücklich von ihrem Ausfluge nach Venedig zurückgekehrt ist, und die Feiertage über in Triest zu bleiben gedenkt, um von da aus kleinere Excursionen zu machen. * [Ueber den wahrscheinlichen Nachfolger des verstorbenen Gen.-Superintendenten Dr. Gahn] äußert sich die „Pos. Ztg.“ folgendermaßen: „Als mutmaßlicher Nachfolger des verstorbenen General-Superintendenten Dr. Gahn in Breslau ist u. A. General-Superintendent Dr. Cranj in Posen genannt worden. Eine sonst noch mehrfach genannte Persönlichkeit (aus Breslau) dürfte schon

deshalb für das jetzt gerade nicht leichte Amt eines General-Superintendenten in Schlesien für nicht geeignet befunden werden, weil sie sich gegen den Vorwurf einseitigen Parteitreibens zu wenig verhalten, ja dem Kirchenregimente nicht selten Verlegenheiten hat bereiten helfen.

Breslau, 23. Mai. Polizeilich mit Beschlag belegt: ein Unterbett mit blau und weiß gestreiftem Zulett und zwei Kopfkissen mit roth karierten Zulett und dergleichen Ueberzügen.

Gefunden wurden: ein goldenes Rebaillon; eine graue wollene Weste und ein altes schwarzes Tuch; drei kleine an einem Stahlringe befestigte Schlüssel; ein graulebernes Geldtäschchen mit Stahlschloß, enthaltend circa 1 Thaler 24 Sgr. und zwei kleine Schlüssel; eine Wasserkanne mit breiten Holzreifen; eine braunlederne Damentasche mit Stahlschloß und dergleichen Kette, enthaltend sechs Stück Eier, ein braun und weiß gestreiftes Kattun-Jäckchen, eine Quantität grüngefärbtes Band, einen weißen Damentragen und eine von der oberflächlichen Eisenbahn ausgehende Frachtkarte für Adele Czele, Station Oppeln; eine silberne Taschenuhr.

[Herrenlofer Kahn.] Vor circa 3 Wochen ist auf der Ober in der Nähe von Neu-Holland durch den Schiffer Bühr, Ufergasse 46 wohnhaft, ein kleiner Kahn aufgefangen worden, zu welchem sich ein Eigentümer bis jetzt nicht gemeldet.

Am 21. d. Mts. Mittags wurde auf der Verbindungsbahn in der Nähe der Gräbnerstraße ein daselbst umherirrendes, ca. 2 Jahre altes Mädchen mit blondem Haar betroffen, welches, da die Angehörigen desselben nicht zu ermitteln waren, im Armenhause untergebracht worden ist. Bekleidet ist das Kind mit einem blauen Jäckchen, grün und roth gestreiftem Kleidechen und roth und grün gestreifter Schürze, letztere mit Simpe befestigt. Außerdem trägt dasselbe einen schwarzen Haarlamme mit Messingbeslag.

In der Nacht vom 21. zum 22. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr stürzte (wie die Bresl. Ztg. bereits wiederholt berichtet), das einem umfassenden Reparaturbau unterworfenen, und daher unbewohnte Cähaus Nicolaisstr. 77, theilweise zusammen. Die zum Abbruch bestimmte Frontmauer auf der Nicolaisstraße zerbrach bei ihrem Einsturz die vor derselben errichtete hölzerne Ausrüstung, beschädigte theilweise das gegenüber liegende Haus Nicolaisstr. 6, und warf den am Elisabeth-Kirchhof stehenden eisernen Röhrenbrunnen um. Die Mauertrümmer, welche durch die Fensteröffnungen des vorgenannten Hauses in die von einem Must-Lehrer mit seiner Ehefrau und vier Kindern bewohnten Zimmer des ersten und zweiten Stockwerkes geschleudert wurden, haben zwar die Bettstellen, aber glücklicherweise keine der darin schlafenden Personen beschädigt. — Soviel bis jetzt ermittelt worden, dürften zwei Pfeiler der qu. Frontmauer, welche aus schlechtem Mauerwerk bestanden und dem starken Drucke von oben, der durch anhaltenden Regen unzweifelhaft vermehrt worden ist, nachgegeben und den Einsturz zur Folge gehabt haben; ebenso kann aber auch das Mauerwerk mit einer schweren Mauer beim Umpflatern der Nicolaisstraße in unmittelbarer Nähe der Baustelle nachtheilig eingewirkt haben. (Pol.-Bl.)

Breslau, 22. Mai. [Landwerker-Verein.] In der gestrigen Sitzung hielt Herr Partulier Krönig Vortrag über die Entstehungs-Geschichte des Kunstwesens und zeigte in einem Rückblick auf das Alterthum, wie die Wurzeln des Kunstwesens sowohl in den menschlich-natürlichen, als politisch-religiösen Elementen, die die Menschen in Staaten und Ständen sich zusammenzuschließen treiben, zu suchen sind. An Fragen waren wieder eine große Anzahl vorhanden, von denen die eine, eine Einladung Herrn v. Holtei's zu einer Vorlesung im Verein, die andere eine Sammlung für die goldberger Adbrannten u. zum Gegenstande hatten. Die Ausführung der Frage ad I wird verübt werden, obwohl kaum eine Aussicht auf den Besuch Herrn v. Holtei's vorhanden ist; die Sammlung aber wird nicht für zweckmäßig befunden, weil bereits zur Betheiligung an der Sammlung für die Weber ein Gartenfest vorbereitet wird, der Verein sich aber nicht an jeder Sammlung betheiligen kann. Die übrigen Fragen wurden sachlich beantwortet.

Breslau, 22. Mai. [Im relig. Reformverein.] In der vorstehenden, Herr W. Gundlach, in Abwesenheit des Herrn Predigers Th. Hoffrichter, den eine telegraphische Depesche nach Danzig, zum Begründung des dortigen Predigers Dr. S. Duit berufen hatte, einen Abchnitt aus v. Schweiger's Buch, „Zeitgeist und Christenthum“ vor, der die Notwendigkeit des Verfalls des Christenthums, als eine Offenbarung des Gegenstandes hatte. Fragen wurden nicht erledigt, sondern auf nächste Sitzung verlag.

Görlitz, 21. Mai. [Concert.] Ein hoher Kunstgenuss wurde uns gestern Nachmittag vom hiesigen Gesangsverein durch die Ausführung des Oratoriums „Paulus“ von Mendelssohn-Bartholdy bereitet. Mit rastloser Thätigkeit hatte Hr. Musikdirector Klingenberg dieses Meisterwerk einstudirt, und zwar in einer Weise, daß die Ausführung desselben auch der größten Residenzstadt Ehre gemacht hätte. Für die Solo-Partien waren theilweise auswärtige Kräfte herangezogen; so sang z. B. das Sopran-Solo Fräulein Susanna Klingenberg aus Leipzig. Wir haben früher schon einmal in dieser Zeitung angebeutet, daß diese jugendliche Künstlerin für die Zukunft etwas Herorragendes zu leisten verspricht, und ihr gestriges Auftreten im „Paulus“ bestätigt vollkommen unser früheres Urtheil. Jeder Ton ihres umfangreichen Stimmregisches ist klar, gerundet und rein. Trotz ihrer Jugend entwickelt die Stimme eine Fülle von Kraft, wie sie nur bei großartig angelegten Talenten zu finden ist. Und dabei steht der Künstlerin eine solche bedeutende Technik zur Seite, daß sie über die Verwendung ihrer Stimme vollkommen schülgerichtet disponirt. Nächst ihrem Vater, der die Grundlagen mit kunstgerechter Hand legte, machte ihr gestriges Auftreten dem Hrn. Prof. Götz in Leipzig, ihrem jetzigen Lehrer, alle Ehre. Tenor- und Bass-Solo waren auch recht gut besetzt. Im erlernten exzellente Hr. Professor Köffel, unterstützt durch die herrliche Cello-Begleitung des Hrn. Concertmeisters Schick aus Dresden, ganz besonders in der Cavatine: „Sei getreu bis in den Tod u.“ Das Bass-Solo hatte Hr. Reichhardt aus Dresden übernommen. — Zum Orchester wurden alle drei hiesigen Kapellen verwendet. Außerdem wirkte die fürstlich hohenzollernsche Hofkapelle in Löwenberg wie mehrere andere auswärtige Künstler mit. Die ganze Aufführung war ein Hochgenuss, den wir der thätigen Wirksamkeit unseres Musikdirector Klingenberg verdanken. Aber auch die Herren aus dem Vorstände des Gesangsvereins, wie Kaufmann Walter, Buchhalter Rucheweyh u. s. w., die mit großer Mäßigkeit das Zustandekommen der Aufführung förderten, verdienen einer ehrenden Anerkennung. — Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, was doppelt angenehm ist, da der Ueberflus für die Abgerannten in Goldberg verwendet werden soll. Wenn gleich bedeutende Kosten mit dieser Aufführung verbunden sein möchten, so glauben wir doch, daß 150 bis 200 Thlr. jenem wohlthätigen Zwecke zuzuführen dürften. — Die für den zweiten Pfingstfeiertag angelegte Veranlassung des deutschen Nationalvereins wird nachmalig auf Sonnabend den 30. d. M. verlegt werden. Schulz-Delisch erbiethet sich zwar in seinem letzten Schreiben, am dritten Pfingsttage Nachmittags im Nationalverein zu sprechen, da aber Abends 8 Uhr bereits die Constituirung des Bureaus für den Genossenschaftstag erfolgt, monach das gemeinschaftliche Abendessen im Nationalverein ausfallen müßte, so wird man jedenfalls in der künftigen Freitag im Nationalverein stattfindenden Sitzung, den Sonnabend wählen, weil dann der Abend mit zur Disposition steht.

r. Namslau, 20. Mai. [Unglücksfälle.] Heut habe ich nichts als Unglücksfälle zu berichten. Der Maurerpolirer Keimnig von hier, ein sehr gefuchter Arbeiter, war in Storschau, hiesigen Kreises, beim Abpusch des Schloßes beschäftigt. Gestern gegen Mittag versuchte er, auf einem 10 Fuß hohen Gerüste stehend, über sich eine Stange anzubinden. Diese entfiel seiner Hand, fiel ihm auf die Nase und zerquetschte ihm das Nasenbein. Hierdurch taumelte Keimnig und stürzte hintenüber so unglücklich von dem Gerüst, daß er das Genick brach. — Noch in derselben Stunde ertrank, ebenfalls in Storschau, ein 9 Jahre altes Kind im Teiche. — Der Bauer Moriz aus Glogau, hiesigen Kreises, fuhr am vergangenen Montage mehrere hiesige Professionisten mit ihren Waaren zum Jahrmarkt nach Boln-Wartenberg. Kurz vor dieser Stadt glitt ihm der Wagen aus dem sandigen Wege in einen feuchten, wasserleeren Graben. Moriz stemmte sich deshalb mit der Schulter gegen das Rad, glitt ab und kam so unglücklich unter dasselbe zu liegen, daß ihm das Rad über Brust, Hals und Gesicht ging. Es ist ihm eine Rippe gebrochen, ein Ohr abgequetscht, und man zweifelt an seinem Wiederaufkommen. Wäre nicht der sandige Boden gewesen, so hätte jedenfalls Moriz augenblicklich den Tod davongetragen. — Dem Tageelbner Bante in Saabe, hiesigen Kreises, ging gestern Nachmittag ein 5 Jahre altes Mädchen verloren. Nach längerem Suchen fand man dasselbe todt in einem Teiche. Alle mit ihm angelegten Wiederbelebungsvoruche blieben ohne Erfolg. Aus Schmerz hierüber stürzte sich die Mutter dieses Kindes, nachdem sie zweimal davon abgehalten worden war, in denselben Teich, wurde jedoch durch einen nachspringenden Müllegellen aus demsel-

ben wieder herausgeholt. — Endlich ist in Brieg durch eine Extrapost ein Kind auf der Stelle todtgefahren worden. Der betreffende Postillon ist bereits verhaftet.

Wenthen OS., 19. Mai. [Preßprozeß.] Heut wurde vor der Criminaldeputation des Gerichts der erste Preßprozeß verhandelt. Ein Correspondent des „Schles. Morgenbl.“ berichtete aus Larnowitz über einen tumultuösen Vorfall in Woißschitz, welcher bald nach Beendigung der letzten Urwahlen von dem Abgeordnetenhaus zwischen einem Kaufmann und einem Steuercontroleur stattfand, und kritische das gereizte Benehmen des Controleurs, Aus der Fassung und dem Sinne des Urtheils hat die Staatsanwaltschaft Stoff zu einer Anklage entnommen und den Redacteur des „Schles. Morgenbl.“, den Referenten und den betreffenden Kaufmann aus W. in den Anklagezustand versetzt. Der Staatsanwalt beantragte eine 14tägige Gefängnißstrafe, der Gerichtshof jedoch hat auf Freisprechung erkannt.

Guttentag, 21. Mai. [Zahlreiche Waldbrände.] Während der Dürre und Hitze sind hier in der Umgegend in den letzten Tagen einige bedeutende Waldbrände vorgekommen. So brannte es in den Forsten der Herrschaft Gwosdzian, welches dem Geheimrath Löbbecke gehört, in voriger Woche an drei Stellen, in einem Zeitraum von einigen Tagen, und wurden von dem Feuer ziemlich bedeutende Flächen zerstört. In dem Forste der Minerva, Forstrevier Koschmieder, war am Sonnabend, den 16., ein sehr bedeutender Waldbrand bei Keltzsch, der von Mittag bis Nachmittags um 5 Uhr anhielt, und sind von demselben gegen 1000 Morgen Forsten ergriffen worden, wobei eine Person nebst 5 Stück Rindvieh mit verbrannt sein sollen. Gestern war wiederum im Forstrevier Bachow, dem Herzog von Ratibor gebdrig, ein ziemlich bedeutender Waldbrand auf einer Fläche von ca. 200 Morgen. Die Ursachen der Entsehung dieser Brände hat man noch nicht ermitteln können, doch will man Böswilligkeit zu Grunde legen.

A. C. [Internationale landwirthschaftliche Ausstellung in Hamburg.] Nach Berichten amerikanischer Blätter hat das Gouvernement des Staates New-York für seine eigenen Aussteller einen Separatbeitrag von 1000 Dollars bewilligt und fordert zu einer lebhaften Betheiligung an der Ausstellung auf. Ueber die Höhe der amerikanischen Anmeldungen ist hier in Hamburg zur Stunde noch nichts Verlässliches bekannt.

Dagegen weiß man die Ziffer der europäischen Aussteller jetzt schon mit einiger Bestimmtheit anzugeben und darf sich eines in der That unerwartet günstigen Resultates freuen. Eine Branche z. B., die Viehzucht wird — ungetreuet die noch zu erwartenden Anmeldungen von Oesterreich mit Ungarn, Schweden, Holland, Rußland und Amerika — durch ungefähr 3000 landwirthschaftliche Hausthiere vertreten sein, worunter sich ca. 500 Pferde mit 140 Hengsten, 700 Stück Hornvieh, etwa 17—1800 Schafe und Schweine und eine respektable Partie Ferkel befinden.

Die Idee, — gleichzeitig mit der internationalen landwirthschaftlichen Ausstellung, auch einen internationalen thierärztlichen Congress abzuhalten, — findet den allgemeinsten Anklang und ist ihre Verwirklichung um so zweifelloser, als die ausgezeichneten Fachmänner, welche die darauf bezüglichen Verhandlungen leiten, es längst anerkannt, daß ein so umfangreiches und mannichfaltiges Material zu den Studien für ihre Berufsgenossen nicht so bald an einem andern Orte geboten werden dürfte. Wie wir hören ist die Aula unseres Johanneums den Congressmitgliedern bereits als Sitzungssaal überlassen worden.

Der Druck des Ausstellungs-Katalogs hat in diesen Tagen begonnen. Derselbe wird etwa 14—15 Druckbogen stark werden, abgesehen von dem Anhang, welcher sich in Folge vielfach verspätet einlaufender Anmeldungen kaum vermeiden lassen wird.

Den vielen Fremden, welche die Ausstellung zu besuchen wünschen, wird es erfreulich sein, zu vernehmen, daß sie in der Zeit ihres Hierseins auch der theatralischen Genüsse, deren Hamburg sonst in dieser Jahreszeit alljährlich entbehrt, theilhaftig werden sollen. Dank der Bereitwilligkeit des hiesigen Directors Herrn Maurice sind für das Thalia-Theater Engagements mit tüchtigen Bühnenkräften abgeschlossen, und ist für ein höchst interessantes Repertoire vorgeordnet worden.

Zur Vervollständigung der Jury sind die Herren Robert Smith als Preisrichter für Rindvieh und N. G. Barthopp für Pferde, beide Herren aus England, gewählt worden, und haben die Wahl bereitwillig angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Dem r-Correspondenten zu Namslau: Dem Publikum sind drei Adressen bereits zum Eckel geworden.

G. Aus der Literatur. System und Geschichte des Naturalismus von Eduard Lönenthal, Dr. phil. Vierte mit einem Vorwort versehene und durch bedeutende Zusätze erweiterte Auflage. Leipzig, Otto Voigt, 1863. Der Verf. berichtet in dem Vorwort dieses Buches, daß er einen Theil der Einleitung desselben zu Anfang des vorigen Jahres in der „Wiesbadener Zeitung“ abdrucken ließ und darauf „wegen Herabwürdigung der Religion“ in Hantschellen zur Untersuchung vorgeführt und in erster Instanz zu 2 Monaten Correctionshaus verurtheilt wurde. Man hat dies Urtheil sodann auf 8 Tage Gefängniß herabgesetzt. Als nach der Erzählung des Evangelisten Lucas die Jünger dem Herrn beim Ohermal zuriefen: „Siehe da sind zwei Schwertler!“ und er ihnen entgegnete: „Schon genug“ (22, 38), da hat Lucas wohl nicht geahnt, daß diese beiden Schwertler bereit sind zu werden würden, daß eine sei das geistliche, das andere das weltliche, welche beide zur Beförderung der Christenheit dienen sollten. Erst seit diese Deutung aufgefunden ist, hat die weltliche Gewalt immer mehr und mehr ihre Verpflichtung anerkannt müssen, die geistliche Gewalt zu schützen, wenn deren Schwert nicht dazu ausreichte. Bedarf denn die göttliche Wahrheit des Schwertes? Ist sie sich selbst nicht Schutz und Schirm genug? Doch dergleichen Betrachtungen weiter auszuführen ist hier nicht der Ort; lehnen wir zu dem vorliegenden Buch zurück. Wir würden die Folgerichtigkeit des in demselben aufgestellten, sehr schärfinnigen Systems des Naturalismus gern anerkennen, wenn der Verfasser im Stande wäre über ein einziges Bedenken hinwegzuhelfen. Der unerschaffene Stoff, den er als das absolute Sein bezeichnet, hat als Ausgang alles Gemeinseins und Seinwerdens zur ersten Eigenschaft das Beharren. Stoffliche Beharrung, so fährt der Verf. fort, begreift zeitliche und räumliche Beharrung in sich. Die Beharrungsform des absoluten Seins oder des Stoffes ist überall die der unendlich kleinen getrennten und identischen Stofftheilchen (gleichartiger Atome). Diese Atome sind in ihren Beharrungsformen neben, über- und untereinander. Der allseitige Druck (Gesammtheilung) bewirkt engere Verbindungen (Aggregatzustände, Gesammtheilungen). So wird also wieder der Druck der Schöpfer der Aggregatzustände gleichartiger Atome. Da meinen wir nun, daß der Druck doch irgend welchen Anlaß haben muß, um dergleichen Aggregatzustände zu bewirken und so lange um der Verhinderung darüber aufklärt, wer in den unendlichen Atomen, die in dem Beharrungsform neben, unter- und übereinander fortexistiren können, den Druck zur Bildung von Aggregatzuständen herbeiführt, so lange können wir uns nicht für sein System erklären. Der Beharrungsform als solcher ist kein Druck.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 5 columns: Barometerstand bei 0 Grad, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau, 23. Mai 6 U. Morg.

Breslau, 23. Mai. [Wasserstand.] D. B. 15 F. 4 Z. U. B. 1 F. 3 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. Mai, Nachm. 3 Uhr. Das Schreiben Persigny's an den Präfecten Hausmann im heutigen „Moniteur“, betreffend die Candidatur Thiers', wirkte ungünstig auf die Börse. Die Rente eröffnete zu 69, 35, fiel auf 69, 27 und schloß träge zur Notiz. — Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. — Schlus-Course: Consols Rente 69, 35, Ital. 5proz. Rente 72, 35, Ital. neueste Anleihe 73, 40, 3proz. Spanier 51 1/2, 1proz. Spanier — Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 495, — Credit-mobilier-Aktien 1430, — Lomb. Eisenbahn-Aktien 566, 25. — London, 22. Mai, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 51 1/2, — Consols 92 1/2, 1proz. Spanier — Mexikaner 35 1/2, 5proz. Russen 94 1/2, Neue Russen 92 1/2, Sardinier 88. — Hamburg 3 Monat 13 1/2, 7 1/2 Sch., Wien 11 Fl. 30 Kr. — Nach dem neuesten Valuationsbericht beträgt der Noten-Umlauf 20,683,110, der Metallvorrath 14,529,451 Pfd. St. Escomptezunahme 1,283,695 Pfd.

Wien, 22. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Sebr fest. 5proz. Metall. 76, 50, 1/2proz. Metall. 68, 75, 185er Loose 95, 25. Bank-Aktien 798, — Nordbahn 173 30. National-Anleihe 81 20. Creditaktien 195 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Geri. 215, — London 110, 70. Hamburg 82, 75. Paris 43, 95. Gold — Silber — Böhmische Westbahn 163, 50. Lombardische Eisenbahn 253, — Neue Loose 134, — 185er Loose 98, 90.

Frankfurt a. M., 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Speculations-Papiere in Folge auswärtiger ungünstiger Notierungen bei lebhaftem Umfange niedriger. — Böhmische Westbahn 74. National-Anleihe 9 1/2. Schlus-Course: Lombardische Eisenbahn 141 1/2. Wiener Wechsel 15 1/2. Darmstädter Bankaktien 235 1/2. Darzaf. Zettelbank 254 1/2. 5proz. Metall. 67 1/2, 1/2proz. Metall. 60 1/2. 1854er Loose 85. Decker National-Anleihe 71 1/2. Decker-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 229. Decker. Bank-Aktien 814. Decker. Credit-Aktien 205. Neueste Oest. Anleihe 89 1/2. Oesterreich. Eisenbahn 134. Rhein-Nachb.-Bahn 33 1/2. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127 1/2.

Hamburg, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Rattie Börse. Finnländische Anleihe 89 1/2. — Schlus-Course: National-Anleihe 72 1/2. Decker Credit-Aktien 87 1/2. Vereinsbank 103 1/2. Norddeutsche Bank 106 1/2. Rheinische 101 1/2. Nordbahn 64. Disconto 2 1/2. Wien 84, 75. Petersburg 31 1/2.

Hamburg, 22. Mai [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärtig ganz vernachlässigt. Roggen loco unverändert, ab Ostsee ohne Veränderung und rubig, ab Danzig bleibt Juni und Sept.-Okt. zu 75 Thlr. zu haben. Del pr. Mai 32 1/2, pr. Ochr. 29 1/2. Raffee rubig.

Gieppool, 22. Mai. [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. — Preise steigend. Wochenumsatz 28,210 Ballen. Middling Orleans 22 1/2, Upland 21 1/2.

London, 22. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen gestriger, fremder Weizen langsam verkauft; Hafer einen halben Schilling niedriger; andere Getreidearten unverändert. — Sächsischer Weizen.

Amsterdam, 22. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert und stille. Roggen stille, Termine etwas flauer. Raps November 74 1/2. Rüböl Herbst 42 1/2.

Berliner Börse vom 22. Mai 1863.

Table with 2 main columns: Fonds- und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists various securities and their prices.

Table with 2 main columns: Ausländische Fonds, Bank- und Industrie-Papere. Lists foreign funds and bank/industry papers.

Breslau, 23. Mai. Wind: Nord. Wetter: veränderlich. Thermometer Früh 10° Wärme. Der Geschäftsschweizer zeigte sich heute schon feiertagsmäßig still, nur beste Sorten fanden schwache Beachtung zu kaum behaupteten Preisen.

Weizen rubig; pr. 85 Pfd. weißer 63 77 Sgr., gelber 63 74 Sgr., feinsten Sorten aber Notiz bezahlt. — Roggen blieb matt; pr. 85 Pfd. 49—52 Sgr., feinsten aber Notiz bezahlt. — Gerste ohne Veränderung; pr. 70 Pfd. weiße 40—41 Sgr., gelbe 36—39 Sgr. — Hafer matter; pr. 50 Pfd. 26—27 1/2 Sgr. — Erbsen, Bienen und Bohnen ohne Frage. — Delfaast ohne Angebot. — Schlaefeln schwach gefragt. — Rapssuchen vernachlässigt; 48—51 Sgr. pr. Ctr.

Table with 2 columns: Sgr. pr. Schff., Sgr. pr. Schff. Lists prices for various goods like Weizen, Roggen, Hafer, Erbsen, Kartoffeln.

Robes Küddl pr. Ctr. loco und Mai 15 1/2 Thlr., pr. Herbst 13 1/2 Thlr., Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 14 1/2 Thlr., Mai 14 1/2 Thlr., Sommermonate 14 1/2 Thlr.

— Gebauer's Hotel am Tauenzienplatz. Aus der ehemaligen Jordan'schen Conditorei, Ecke des Tauenzienplatzes und der Tauenzienstraße hat Herr Gebauer mit Hinzunahme des früher Recht'schen Hotels ein vollständig neu ausgestattetes Hotel nebst Restauration geschaffen. Die frühere Conditorei ist zu Restaurations-Lokalen umgeschaffen worden. Herr Gebauer hat nichts fehlen lassen, demselben eine äußerst geschmackvolle Ausstattung zu geben, und hält auf ein sehr reiches gutes Bier und gute Speisen, weshalb wir den Besuch dieses Lokals sehr gern empfehlen. Der Aufenthalt in demselben ist um so interessanter, als das Lokal die Aussicht auf den in neuerer Zeit sehr belebten Tauenzienplatz gewährt. [4705]

Zur Bienenzüchterei. Allen geehrten Bienenzüchtern und Bienensfreunden dürfte es sehr angenehm sein, zu hören, daß die beiden, voriges Jahr angelegten, im Herbst miteinander zu einem Volke vereinigten, sogenannten Jungfern-Schwärme, so wie der Mutterstock glücklich überwintert worden und gegenwärtig beide vollkommen schwarzgerichtet dastehen, und daß sich am 16. d. M. von meinen deutschen Bienen zwei sehr starke Natur-Vorschwärme bekommen habe, welches letztere ich von meinen italienischen Bienen noch nicht melden kann. Breslau, den 22. Mai 1863. [4697] Bstny.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.